Montag, 5. November 1984 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 260 - 45. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Honecker: Die SED-Führung hält einen Besuch des Staatsratsvorsitzenden in der Bundesrepublik frühestens im Spätsommer 1985 für angezeigt. Vorher will Honecker Algerien, Griechenland und möglicherweise Italien besuchen. (S. 4)

Saarland: Die FDP hat sich mit großer Mehrheit für eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU über die Landtagswahl im März 1985 hinaus ausgesprochen.

Kontroverse: Mit heftigen Attakken auf Bundeskanzler Kohl reagierte die sozialistische griechische Regierungspartei auf einen Glückwunsch des Kanzlers an die konservative Oppositionspartei „Neue Demokratie". (S. 7)

Rückzug? Die Grünen überdenken ihre Mitarbeit im Koordinierungsausschuß der „Friedensbewegung". Grund: der zunehmende Einfluß der SPD. (S. 4)

Weggefährte Lenins: Der französische Revolutionär Boris Souvarin, der letzte noch lebende Mitarbeiter Lenins und Mitbegründer der KPF, starb im Alter von 89 Jahren in Paris. (S. 7)

Genscher: Am Rande der Trauerfeierlichkeiten in Neu-Delhi traf der Außenminister separat mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow, „DDR"-Volkskammerpräsident Sindermann und Bulgariens Staatschef Schiwkow zusammen. Alle Seiten hätten Dialogbemühungen ausdrücklich zugestimmt.

El Salvador: Der einflußreiche Guerrilla-Führer Ruben Zamora hat für den Fall der Regierungsbeteiligung der Guerrilleros angeboten, den USA Garantien zu geben, daß das Land nicht zu einem Satelliten der UdSSR werde.

Sinkende Popularität: Frankreichs Staatschef Mitterrand würde Präsidentschaftswahlen, wenn sie jetzt stattfänden, im zweiten Wahlgang verlieren, ergab eine Meinungsumfrage.

Nicaragua: Boykottiert von den wichtigsten Oppositionsparteien fanden gestern die ersten Wahlen seit dem Sturz Somozas statt.

Heute: Bundestag wählt neuen Präsidenten. – Bundespräsident von Weizsäcker zu Staatsbesuch in Frankreich.

Reist der Papst zuviel?

In den ersten sechs Jahren seines Pontifikats hat Johannes Paul II. schon mehr als 40 Länder besucht. Von Paris über Mexico City bis nach Tokio gibt es kaum noch eine ihm zugängliche Hauptstadt, in die er nicht schon triumphal Einzug gehalten hätte. Reist der Papst zuviel? Was treibt ihn zu seinen Reisen? Welche Ziele verfolgt er damit? Welche Gefahren läuft er? Was bewirkt er? – Friedrich Meichsner, der WELT-Korrespondent in Rom, der Johannes Paul II. auf den meisten seiner Reisen begleitet hat, versucht heute, eine Bilanz dieses Missionsfeldzuges zu ziehen. Seite 6

WIRTSCHAFT

Weihnachtsgeschäft: Der erste verkaufsoffene Samstag im November hat zu einem selten erlebten Ansturm auf die Geschäfte geführt. Doch von der vorweihnachtlichen Kaufwut war noch wenig zu spüren. Die meisten Kunden kamen zur Ideensuche, zur Information und zu Preisvergleichen. (S. 11)

Wirtschaftskriminalität: Der von „Tätern mit weißem Kragen" verursachte und behördlich festgestellte Schaden für die Volkswirtschaft belief sich 1983 auf 6,9 Milliarden Mark – zwei Milliarden mehr als im Vorjahr, teilte das Bundesjustizministerium mit. Durch besonders hohe kriminelle Energie habe sich das Baugewerbe ausgezeichnet.

Israel: Premier Peres hat sich mit dem Gewerkschaftsbund Histadrut und dem Industriellenverband auf ein Sozialpaket geeinigt: Erzeuger und Kaufleute verpflichten sich zu einem totalen Preisstopp, Arbeitnehmer verzichten auf ein Drittel der monatlichen Teuerungszulage, und Dividenden werden über das jetzige Niveau nicht hinausgehen.

ZITAT DES TAGES



» Mein Zweifel, daß die Führungspersonen linker Parteien von vornherein moralischer sind als die der Parteien der Rechten, ist groß «

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz im „Spiegel" über den Fall Barzel und die *Moral Bonner Politiker*

FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Nordische Filmtage: Das hohe Niveau skandinavischer und isländischer Filmemacher demonstrierten die 26. Nordischen Filmtage in Lübeck. Aufgeführt wurden 50 Produktionen. (S. 17)

Politologen: Das Thema „Aktuelle Herausforderungen der repräsentativen Demokratie" stand im Mittelpunkt der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft in Köln. (S. 17)

SPORT

Tennis: Die Saarbrückerin Claudia Kohde verlor das Finale des Internationalen Turniers von Zürich gegen Zina Garrison (USA) mit 1:6, 6:0, 2:6. (S. 15)

Formel 1: Der Waiblinger Manfred Winkelhock unterschrieb einen Vertrag beim englischen Formel-1-Team RAM. Winkelhock war bisher bei ATS. (S. 16)

AUS ALLER WELT

Praktische Intelligenz: Was ist sie, wie kann man sie messen und wissenschaftlich definieren? Diesen Fragen, mit denen schon die deutschen Klassiker ihre Probleme hatten, haben sich Wissenschaftler der Freien Universität Berlin auf die Spur gesetzt. (S. 18)

Attentat: In Berlin ist ein Mordanschlag auf einen der prominentesten Ärzte der Stadt, den Gynäkologen Professor Gerhard Martius, fehlgeschlagen. (S. 18)

Wetter: Überwiegend heiter, Frühnebel. Bis 13 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Stoltenberg warnt Volkskirche vor politischer Einseitigkeit

Wort an die Synodalen der EKD / „Gefahr der Spaltung" von Gemeinden

ohn/DW. Lübeck

Die Befürchtungen, daß Repräsentanten der Evangelischen Kirche mit einseitigen Stellungnahmen zu politischen Vorgängen das Prinzip der Volkskirche in Frage stellen könnten, sind jetzt auch von der Bundesregierung aufgegriffen worden: Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU), der die Teilnehmer der Synodaltagung der EKD im Lübecker Dom als Vertreter der Bundesregierung begrüßte, zeigte sich zugleich beunruhigt, „daß die prägende Kraft christlicher Überzeugungen im Alltag unserer Bildungseinrichtungen erschreckend zurückgegangen ist".

Stoltenberg, Pfarrersohn und ehemaliger schleswig-holsteinischer Ministerpräsident, knüpfte mit seinem Wort an die Synodalen an die kritischen Fragen an, die der damalige Bundespräsident Karl Carstens während eines Festaktes zum Luther-Jubiläum in Worms gestellt hatte. Carstens hatte damals beklagt, daß Pastoren verschiedentlich die Autorität ihres Amtes benutzten, um beispielsweise die „Friedensbewegung" zu unterstützen.

Der Finanzminister wies ebenfalls auf die Auseinandersetzungen vor allem in Verbindung mit der Verteidigungspolitik hin: „Mannigfache Anlässe führten zu Unruhe und Kritik, nachdem manche Amtsträger unserer Kirche ihre persönlichen politischen oder ideologischen Überzeugungen zum alleinigen Maßstab für christliches Handeln machten." Und er sprach offen aus, daß manche Gemeinden „vor der Gefahr der Spaltung standen" und viele Christen das Vertrauen in die Vertreter der Kirche verloren haben.

Stoltenberg bemühte sich um Differenzierung. Die Politiker hätten Anlaß, der Kirche dankbar zu sein. Dies gelte auch bei der Hilfe für die Dritte Welt. „Wenn aber Institutionen und Repräsentanten der Kirche öffentliches Wirken ganz einseitig in den Dienst einer bestimmten Ideologie, Politik oder Partei stellen würden, wäre die Volkskirche selbst in Frage gestellt. Denn das ist gerade das Zeichen der Volkskirche, daß ihr Auftrag dem Volk als ganzem gilt und sie dementsprechend für jeden offen ist", mahnte der CDU-Politiker.

Für die Fortgeltung und erneute Bejahung einer Wertordnung auf der Grundlage des protestantischen Glaubens habe die Kirche einen wichtigen eigenen Beitrag geleistet und durch die gemeinsame Erklärung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zum Wertkonsens in unserer Gesellschaft beigetragen: „Ausgehend von den Zehn Geboten haben sie nicht nur die Christen, sondern alle Bürger, die gesellschaftlichen Gruppen und die politischen Parteien an die gemeinsamen Grundlagen des Zusammenlebens erinnert und uns Hinweise geboten für unser Bemühen um Erkenntnis und Verwirklichung grundlegender Werte. Neben einem außerordentlich gesteigerten sozialen und gesellschaftspolitischen Engagement der Kirche bemerke ich daher mit Dankbarkeit ihre stärkeren Bemühungen einer erneuten Hinwendung zu ihrer geistigen Sinnmitte, Zeichen neuer religiöser Impulse und einer Rückbesinnung auf das, was nur die Kirche selbst sagen und verkündigen kann."

Seite 4: EKD und Barmer Erbe

Sinowatz erinnert an Habsburger Reich

WELT-Gespräch mit dem österreichischen Bundeskanzler vor dessen „DDR"-Besuch

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz rechnet damit, daß schon in Kürze die Ost-West-Gespräche an Intensität gewinnen. In einem Gespräch mit der WELT wandte sich Sinowatz am Vorabend seines offiziellen Besuchs in der „DDR" entschieden gegen eine Dramatisierung der weltpolitischen Lage. Trotz der sehr negativen Entwicklung der Beziehungen zwischen Ost und West in der jüngsten Zeit gebe es offensichtlich wieder Kanäle einer gegenseitigen Gesprächsbereitschaft. Der österreichische Regierungschef und Vorsitzende der Sozialistischen Partei plädierte dafür, die Beziehungen zwischen den westeuropäischen und osteuropäischen Staaten differenziert und in einer längeren Perspektive zu beurteilen.

In Europa, so meinte der Kanzler, habe man „gewisse Unterschiede" zwischen den globalen und den europäischen Aspekten der Ost-West-Situation beobachten können: also eine gewisse Neigung der europäischen Staaten beiderseits des Eisernen Vorhangs, ihre Kontakte trotz verschlechterter weltpolitischer Lage fortzusetzen. Zur Rolle Österreichs in diesem Zusammenhang erklärte Sinowatz: „Es liegt in der Tradition unserer aktiven Neutralitätspolitik, daß wir, die wir uns an der Schnittlinie der beiden Paktsysteme befinden, danach trachten, auch zu den osteuropäischen Staaten gute Beziehungen zu entwickeln. Dazu muß aber immer wieder gesagt werden, daß wir Österreicher uns dem demokratisch-pluralistischen Staats- und Wirtschaftssystem zugehörig fühlen. Wir verschweigen diese Tatsache bei den Gesprächen mit unseren Nachbarn niemals. Das wird in Osteuropa auch anerkannt und zur Kenntnis genommen. Vielleicht wird gerade diese feste Gesinnung, die wir an den Tag legen, im Osten geschätzt."

Mit seiner „Nachbarschaftspolitik" in Richtung Osten – wobei laut Sinowatz für Österreich der Begriff der Nachbarschaft in einem geographisch weiteren Sinne zu verstehen sei – wolle Wien einen Beitrag dazu leisten, „daß dieser Teil Mitteleuropas, in dem wir leben und der in der Zwischenkriegszeit so unruhig war, doch weitgehend ruhiggestellt werden konnte".

Auf die Frage, ob kleinere Staaten in den Ost-West-Beziehungen eine eigenständige Rolle spielen oder ob sie sich nur den Großmächten unterordnen könnten, gibt Sinowatz – der auch in diesem Gespräch als nachdenklicher und nuancierter Formulierer sowie als Gegner plakativer oder demagogischer Parolen erscheint – eine differenzierte Antwort. Man müsse, so meint er, die „Extreme" wegbringen, um einen klaren Blick zu gewinnen. „Österreich stellt sicher keinen militärischen Machtfaktor dar. Aber wir haben etwas anderes in die internationale Diskussion eingebracht: nämlich unseren hohen Grad an moralischer Glaubwürdigkeit. Bei uns werden die Menschenrechte respektiert. Wir sind ein neutraler Staat. Daher ist unsere Stimme immer wieder gehört worden. Kleine Staaten können zwar die politische Landschaft nicht verändern, aber

● Fortsetzung Seite 10

Verfassungsschutz-Appell an Übersiedler

Hellenbroich: Wer Verpflichtung für MfS offenbart, hat keine Nachteile zu befürchten

DW. Bonn

Die Bundesregierung hat nach Informationen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) 270 Personen freigekauft, die nach dem Besuch der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin festgenommen und verurteilt worden waren. Insgesamt sind nach Erkenntnissen der Gesellschaft 390 Personen aus Mitteldeutschland im Zusammenhang mit einem Besuch in der Bonner Vertretung verhaftet und anschließend verurteilt worden.

Im Falle der in die Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland geflüchteten Einwohner der „DDR" zeichnete sich auch nach dem Gespräch, das Bundesaußenminister Genscher am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Indira Gandhi mit dem Präsidenten der Volkskammer der „DDR", Horst Sindermann, führte, keine Veränderung der Lage ab.

Genscher und Sindermann bekräftigten die Bereitschaft Bonns und Ost-Berlins, alle Möglichkeiten zur weiteren Entwicklung der Beziehungen auszuschöpfen. Sindermann, der auch stellvertretender „DDR"-Staatsratsvorsitzender ist, versicherte erneut, daß der abgesagte Besuch Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland nur aufgeschoben sei. Ottfried Hennig, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, wies am Wochenende darauf hin, daß gegenwärtig „auf 15 verschiedenen Ebenen" der Dialog zwischen Bonn und Ost-Berlin fortgesetzt werde.

SEITE 4
Bonn stoppt Anwalt

Regierungskreise in Bonn bestätigten am Wochenende, daß sich die Tochter von Professor Otto Reinhold, einem ZK-Mitglied der SED, nach ihrer Flucht in den Westen in der Bundesrepublik Deutschland aufhält (WELT vom 3./4. 11.). Reinhold gilt als Vertrauter Honeckers.

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich, appellierte unterdessen an die in den Westen kommenden Menschen aus Mitteldeutschland, sich sofort dem Verfassungsschutz anzuvertrauen, falls sie sich gegenüber dem Staatssicherheitsdienst der „DDR" zur Mitarbeit verpflichtet hätten. Niemandem entstünden dadurch irgendwelche Nachteile, sagte Hellenbroich im Hessischen Rundfunk.

Er wies darauf hin, daß jeder Ausreiseantrag eines Einwohners der „DDR" über den Tisch des Ministeriums für Staatssicherheit in Ost-Berlin laufe. Das Ministerium prüfe, ob der Ausreisewillige für eine Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland zugunsten des MfS geeignet sei.

Oft würden Vorteile versprochen oder es werde massiver Druck ausgeübt. Wer anschließend eine Verpflichtung im Westen offenbare, habe von den Behörden der Bundesrepublik Deutschland aber keine Repressionen zu erwarten.

Anschlag auf US-Militärzug in Berlin

Extremisten protestieren gegen Nicaragua-Politik Washingtons / Auch Brandt kritisiert USA

hrk./p.p. Berlin

Unbekannte versuchten gestern morgen in West-Berlin, einen amerikanischen Militär-Versorgungszug zum Entgleisen zu bringen. Sie setzten eine aus alten, mit Metallketten zusammengeschlossenen Autoreifen und Betonplatten gebildete Barrikade auf den Schienen in Brand. Die Lok schob das Hindernis vor sich her und zerstörte es.

Die Polizei verzeichnete mit diesem Zwischenfall den ersten direkten Angriff auf Einrichtungen der Alliierten nach dem Mordanschlag auf einen Mitarbeiter des britischen Yacht-Clubs durch Terroristen vor einigen Jahren in Berlin. Bei dem Zug handelte es sich um einen der nach Absprachen der vier Siegermächte regelmäßig zwischen Berlin und dem Bundesgebiet verkehrenden Militärzüge.

Die Gewalttäter deponierten außerdem wenige Kilometer südlich des Tatorts einen Feuerlöscher auf den Schienen der Fernbahn, der jedoch kein Sprengpulver enthielt. Sicherheitshalber jagte die US-Militärpolizei den Feuerlöscher an Ort und Stelle in die Luft.

Das Polizeipräsidium teilte mit, Beamte einer Funkstreife, die das Hindernis kurz vor dem Aufprall entdeckt hatten, hätten am Tatort teils verkohlte Flugblätter gefunden. Auf den Pamphleten habe eine Gruppe unter dem Namen „Susi, Benno und die Feuerteufel" im Vorfeld der amerikanischen Präsidentschaftswahl gegen die „Kriegspolitik" der USA, die Raketenstationierung in der Bundesrepublik Deutschland und die amerikanische Politik gegenüber Nicaragua protestiert. Nach Rückfrage bei der Polizei gibt es bisher keine Hinweise, wer sich hinter den Bezeichnung „Susi" und „Benno" verbergen könnte.

Die Mittelamerika-Politik Washingtons hat auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt auf einer von Randalierern gestörten Großveranstaltung der „Friedensbewegung" in Bonn scharf kritisiert. Brandt sagte, es sei „fünf Minuten vor zwölf in Mittelamerika". Wer „gestern zu Recht empört" gewesen sei über den sowjetischen Überfall auf Afghanistan, der dürfe heute nicht zusehen, wenn die Nordamerikaner die Gegner der nicaraguanischen Regierung bezahlten, Häfen verminten und Sabotage-Akte ausführen ließen. Wer dagegen angehe, mache sich nicht des Anti-Amerikanismus verdächtig, sondern handele „in Übereinstimmung mit dem guten Geist der amerikanischen Geschichte".

Während seiner Rede beschossen mehr als hundert Randalierer Brandt wiederholt mit Leuchtraketen sowie Knallkörpern und bewarfen ihn mit Farbbeuteln und faulen Eiern.

DER KOMMENTAR

Brandts Auftritt

ENNO v. LOEWENSTERN

Willy Brandt spekuliert auf die Gnade des Tellerrandes, historisch und geographisch. Auf der Bonner Hofgartenwiese verglich er als nützlicher Gast einer von Kommunisten und Grünen organisierten Veranstaltung den sowjetischen Überfall auf Afghanistan mit dem Vorgehen Washingtons gegen Nicaragua, während vermummte Gestalten Feuerwerkskörper auf ihn abschossen. Zuvor hatte das SPD-Präsidium offiziell erklärt, eine Kursänderung der USA sei nur durch eine Wahl Mondales zu erwarten.

Der mündige Bürger allerdings weiß, daß Reagan gegen Nicaragua vorgeht, weil Nicaragua gegen El Salvador vorgeht. Die Sandinisten-Junta unterstützt die salvadorianische Guerrilla und deren Morde an Bauern und Anschläge gegen Elektromasten und andere Wirtschaftseinrichtungen militärisch. Sie hat es gegenüber den USA ausdrücklich abgelehnt, ihre militärische Intervention einzustellen.

Afghanistan dagegen hat keinen Nachbarn angegriffen. Die Sowjets haben es einfach besetzt, weil es da war und weil es wehrlos war. „Wer gestern zu Recht empört war" über den Überfall auf Afghanistan ..., hörte man jetzt von Brandt – damals aber hat man nicht viel Empörung von ihm gehört.

Der Bürger weiß ferner, daß das Sandinisten-Regime in Nicaragua eine kommunistische Diktatur ist, die eine manipulierte Scheinwahl veranstaltet. Er weiß, daß Brandt vor Jahren Deutschland verließ, weil hier eine Diktatur herrschte. Und er wundert sich über Brandts Verhältnis zur Diktatur.

Er wundert sich darüber, wie die SPD den Amerikanern Ratschläge gibt, wen sie zu wählen hätten (den Nicaraguanern geben sie wohlweislich keine Ratschläge, dort Verhältnisse zu schaffen, daß die Kommunisten abgewählt werden könnten). War es nicht die SPD, die sich immer zu beklagen pflegte, daß die Amerikaner sich in anderer Länder Politik einmischten?

Nicht hingegen wundert sich der Bürger über die Gewalttäter auf der Hofgartenwiese. Er erinnert sich daran, wie die SPD jedes effektive Gesetz gegen Vermummungen und Gewaltdemonstrationen blokkierte; wie sie beispielsweise, wenn heulende Horden gegen Strauß auftraten, verständnisvoll meinte, der polarisiere ja auch die Leute. Die ich rief, die Geister ...

Rajiv Gandhi nach Washington eingeladen

SAD, Neu-Delhi

US-Außenminister Shultz hat den neuen indischen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi eingeladen, Anfang nächsten Jahres nach Washington zu kommen. Shultz brachte im Gespräch mit Gandhi vor den Trauerfeiern für die ermordete Indira Gandhi den starken Wunsch Washingtons nach besseren Beziehungen zum Ausdruck. Er nannte Amerika den guten Freund Indiens, für den die Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit des Staates unbedingten Vorrang habe. Damit haben die USA nach Meinung indischer Diplomaten den Separationsbestrebungen der Sikhs eine Absage erteilt.

Die Sowjetunion setzte auch nach der Einäscherung Indira Gandhis ihre Kampagne fort, die USA als in den Anschlag verwickelt hinzustellen. Das Land sei, weil es zum Beispiel eine „realistische Haltung zur Lage um Afghanistan" eingenommen habe, „zum Ziel einer subversiven Aktivität seitens der imperialistischen Kräfte" geworden. Der Kommentar der Parteizeitung „Prawda" lobte ausdrücklich das „mächtige, vereinte und dynamische Indien". Prominente Vertreter des politischen Lebens in Neu-Delhi seien sich einig, daß „Indien feindlich gesinnte Kräfte, wenn nicht direkt, so doch indirekt" in das Verbrechen verwickelt seien.

US-Außenminister Shultz traf in Neu-Delhi den sowjetischen Ministerpräsidenten Tichonow. Shultz erklärte, er habe gegen Andeutungen in den Sowjetmedien protestiert, daß die USA die Sikhs unterstützten.

Seite 5: Weitere Berichte

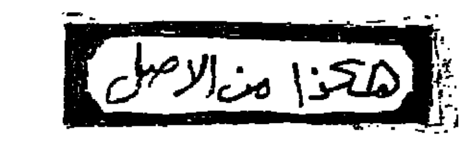
Popieluszko zu Tode gefoltert?

DW. Warschau

Der polnische Priester Jerzy Popieluszko ist von seinen Entführern – Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes – offenbar zu Tode gefoltert worden. Mitglieder der Familie des am Samstag beigesetzten Geistlichen, die den Leichnam identifiziert hatten, berichteten gestern von Wunden und Blutergüssen am Körper des 37jährigen. Der Kiefer Popieluszkos sei zerschlagen worden. Beide Hände, die sich der Geistliche offenbar zum Schutz vor Schlägen vor das Gesicht gehalten hatte, seien gebrochen gewesen. Die Entführer hätten Popieluszko die Kopfhaut abgerissen und ihrem Opfer zum Schluß einen Sack voller Steine um den Hals gebunden, anschließend sei der Entführte in die Weichsel geworfen worden. Die offiziellen Ergebnisse der Obduktion lagen bis Sonntag noch nicht vor.

An der Beisetzung Popieluszkos nahmen rund 500 000 Menschen aus allen Teilen Polens teil. Es war, wie auch die Bischöfe bestätigten, die größte Menschenansammlung seit dem Polen-Besuch des Papstes im Juni 1983. In den polnischen Medien wurde die Beisetzung kurz erwähnt. Das Fernsehen zeigte Ausschnitte der Predigt von Kardinal Glemp, vermied jedoch Kameraschwenks über die Menschenmenge. Der Rundfunk strahlte die gesamte Predigt aus, in der sich Glemp für einen „wirklichen Dialog" aussprach. Glemp rief auch dazu auf, zu verhindern, daß es in Polen zu weiteren Gewalttaten wie der Ermordung des Geistlichen komme. Arbeiterführer Walesa sprach von einer „Stärkung der Solidarität".

Seite 5: Ein Signal



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Nase im Portemonnaie

Von Manfred Schell

Gläserne Taschen für Bundestagsabgeordnete? Populär ist diese Forderung gewiß. Es gibt nicht viel Interessanteres, als zu wissen, wer in dieser Republik was verdient, ob er es selber erarbeitet oder geerbt hat. Das wird natürlich nicht als Begründung genannt. Es geht ja darum, in Bonn „saubere Verhältnisse" zu schaffen.

Nun weiß natürlich jeder, daß, wie Kohl sagte, diese Republik nicht käuflich ist. Also, was soll die Forderung nach gläsernen Taschen? Wenn jemand betrügen oder bestechen will, dann wird er dies wohl kaum dem Bundestagspräsidium anzeigen. Gewiß muß, wer öffentliche Ämter bekleidet, besondere Maßstäbe für sich gelten lassen. Die Abgeordneten sind verpflichtet, Einkommen, das sie neben den Diäten erhalten, dem Parlament anzuzeigen.

Aber wer darüber hinausgehen will, muß klären, wo der Datenschutz und der Schutz der Privatsphäre für Abgeordnete beginnen soll. Sollen sie grundsätzlich schlechter gestellt werden als alle anderen Staatsbürger?

Es gibt tatsächlich Vorstellungen, wonach die Parlamentarier ihre privaten Einkommens- und Vermögensverhältnisse ausbreiten müßten. Das Steuergeheimnis würde damit für sie außer Kraft gesetzt. Oder meint jemand, daß die Vertraulichkeit für alle diese interessanten Dinge im Parlament gesichert ist? Dem Flick-Ausschuß sind sogar schon Ehescheidungs-Akten zugestellt worden; wir dürfen uns noch auf tolle Offenbarungen gefaßt machen.

In den USA jedenfalls hat die Offenlegung bisher nichts gebracht als die neidvolle Frage, wieviel wer verdient und ob er es etwa verstanden hat, Steuervorteile auszunutzen. Hierzulande ist noch ungeklärt, wo deutsche Gründlichkeit die Grenzen der Offenlegung ziehen wird. Wann man beispielsweise fordern wird, die Abgeordneten auch auf ihren Gesundheitszustand zu überprüfen – womöglich nicht nur ihren körperlichen. Der FDP-Abgeordnete Grünbeck hat angekündigt, eher sein Mandat nieder- als seine Privatangelegenheiten offenzulegen. Er ist erkennbar nicht der einzige, innerhalb und außerhalb des Parlaments, der so denkt.

Komplott in Miami

Von Günter Friedländer

Mittelamerikas Regierungen pflegen in Ungnade gefallene Generäle möglichst weit vom Schuß im diplomatischen Dienst zu verwenden. Als der Präsident von Honduras, Roberto Suazo Cordova, im März einige zu mächtig gewordene Generäle des Heeres entließ, wurde der Chef des Generalstabs, General José A. Bueso Rosa, nach kurzem Hausarrest als Militärattaché nach Chile geschickt.

Es war dem General zu wenig. Er setzte sich mit exilierten Freunden in Miami in Verbindung. Sie entwarfen einen Plan, der alle Elemente eines James-Bond-Romans vereint.

Ein in Honduras eingebürgerter armenischer Waffenhändler, ein palästinensischer Araber, dessen Zementfabrik in Honduras von Suazo Cordova verstaatlicht worden war, ein exilierter Kubaner und der General beschlossen, den honduranischen Präsidenten ermorden zu lassen. Zur Deckung der Ausgaben des Unternehmens ließen sie aus Kolumbien 760 Pfund Kokain nach Florida einfliegen, dessen Verkauf zehn Millionen Dollar einbringen sollte.

Schon im August hatten die amerikanischen Behörden von dem Komplott erfahren. Das State Department warnte Suazo Cordova. Ein FBI-Agent infiltrierte die Gruppe und ließ sich als Mörder dingen. Jetzt verhaftete das FBI die Verschwörer und beschlagnahmte das Kokain.

Einwanderer aus Mittelamerika mißbrauchten in den letzten Jahren oft Floridas Gastfreundschaft. Terroristen schlugen hier ihr Hauptquartier auf und richteten Trainingslager für den Guerrillakrieg ein. Sie brachen damit Gesetze der USA und internationale Abkommen.

Zwar kennt die Geschichte viele Beispiele dafür, daß Menschen aus dem Exil in die Heimat zurückkehrten, um ein Regime von fragwürdiger Legitimität zu bekämpfen.

Aber aus der Verborgenheit Schmutzarbeit verrichten zu lassen, um deren Nutzen einzustreichen, ist etwas ganz anderes. Das wollten die Verschwörer, die nun erfahren, wie ernst Präsident Reagan die in letzter Zeit oft abgegebene Versicherung ist, daß die USA dem internationalen Terrorismus den Kampf angesagt haben.

Die Glückskinder

Von Joachim Neander

Auf dem Parteitagspodium in Trier stand der Kanzler und donnerte, es sei ein Skandal, daß die einen treu und brav ihren Wehr- oder Ersatzdienst zu leisten hätten, die anderen aber ohne jede Dienstverpflichtung ihrer persönlichen Karriere entgegenstreben dürften. Die Union werde jetzt endlich etwas für die Wehrgerechtigkeit unternehmen.

Im Saal wurde das Grinsen immer breiter. Nach Schluß dieser Passage brauste ein Beifall auf, wie ihn der Redner gerade hier nicht erwartet hätte. Kohl guckte denn auch etwas verdutzt übers Mikrofon. Er konnte nicht ahnen, was eine halbe Stunde zuvor, als er noch unterwegs war, sich auf dem Parteitag zugetragen hatte.

Da war vor der Wahl des neuen CDU-Landesvorstands von Rheinland-Pfalz ein Witzbold aufgestanden und hatte die beiden Kandidaten der Jungen Union aufgefordert, den Delegierten mitzuteilen, ob und gegebenenfalls wo sie ihren Wehr- oder Zivildienst abgeleistet hätten. Etwas betreten waren diese, der JU-Bundesvorsitzende Christoph Böhr und der JU-Landesvorsitzende Helmut Schultz, ans Mikrofon getreten und hatten fast gleichlautend erklärt, damit könnten sie leider nicht dienen, denn das Kreiswehrersatzamt habe aus irgendwelchen Gründen an ihrer Einberufung kein Interesse bekundet.

Hätte der eine oder der andere wenigstens etwas von „unverdientem Massel" gemurmelt, vielleicht wären die Delegierten etwas gnädiger gewesen. So aber fiel die Antwort auf den Stimmzetteln deutlich aus, wohl nicht so sehr gegen diese Personen als gegen die Tatsache gerichtet, daß die einen schwitzen müssen, während die anderen smart daran vorbeiwedeln. Böhr rutschte mit der Nasenlänge einer einzigen Stimme als letzter in den Vorstand. Schultz fiel durch.

Kohls Suada war da übrigens gar nicht mehr nötig gewesen. Als er eintraf, waren die Wahlzettel schon ausgefüllt.

Es wäre falsch, dahinter militaristisches Schnäddereteng („Hamse jedient?") zu wittern. Nach dem Zivildienst war ausdrücklich mitgefragt worden. Hier meldet sich lediglich vernünftiges Gerechtigkeitsempfinden. Daß auch Politikerkarrieren dem unterworfen werden, kann nicht schaden.



Hofgartenmaler — KLAUS BÖHLE

Der Schnelle im Konvoi

Von Dankwart Guratzsch

Auf der Internationalen Nordseeschutzkonferenz in Bremen trumpften die westlichen Staaten mit großen Worten auf. Mit der Länge seiner Küsten, mit der Verantwortung für große Seegebiete sei Frankreich die dritte Seemacht der Welt, meinte die französische Umweltministerin Huguette Bouchardeau. Für die Engländer erklärte Staatssekretär William Waldegrave: Wir sind ein Inselvolk und rings vom Meer umgeben. Das Meer ist uns so wichtig wie den Deutschen der Wald. Und für das kleine Belgien nahm Staatssekretär Firmin Aters einen dritten Superlativ in Anspruch: Kein Land zählt so viele Schiffe pro Meter Küste wie wir im Ärmelkanal.

Alle diese Erklärungen sollten den Deutschen sagen: Ihr braucht euch um die Nordsee nicht zu sorgen. Wir haben selbst ein erstrangiges Interesse am Meer.

Am gleichen Tag war in der Londoner „Times" zu lesen gewesen, daß Umweltschutz „zur nationalen Besessenheit der Deutschen" geworden sei: „Während Politiker in ihrer Verwirrung immer schärfere Maßnahmen planen, um die Katastrophe aufzuhalten, ist das Land von einer ökologischen Panik ergriffen worden." Das klang schon fast wie die Warnung vor einem neuen furor teutonicus.

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der Initiator und Präsident der Bremer Meereskonferenz, konnte gerade diese Befürchtung im Konferenzverlauf entkräften. Es waren nämlich keineswegs die Deutschen, die in Bremen am entschiedensten auftraten, sondern die Dänen und Schweden. Zeitweise drohte Dänemarks Umweltminister Christian Christensen sogar, die Konferenz platzen zu lassen, weil sich die Engländer beharrlich weigerten, einem prinzipiellen Einleitungsverbot von Schiffen aus zuzustimmen. Die Deutschen konnten die Rolle des Vermittlers übernehmen. Am Ende bescheinigten ihnen alle Delegationen, am meisten zum Erfolg der Konferenz beigetragen zu haben.

Das darf den Blick nicht dafür trüben, daß um die Umwelt zunehmend mit harten Bandagen gekämpft wird. Die Bundesrepublik hat dabei keineswegs eine „von Natur aus" starke Position. Die geographische Lage macht Deutschland in verhängnisvoller Weise zu einem Empfängerland für die Emissionen der westlichen Länder. Das hat sich bereits bei der ersten von Zimmermann einberufenen Multilateralen Umweltkonferenz in München im Frühjahr gezeigt. Die Bundesrepublik muß damit leben, daß der Wind meist vom Westen her weht und daß es ein Wirkungsgefälle für Umweltdreck gibt. Die westlichen Nachbarn, voran England, argumentierten schon damals, daß Schäden wie das Wäldersterben in Deutschland bei ihnen nahezu unbekannt seien. Einen besonderen Handlungsdruck zur Umrüstung ihrer Industrie auf teure Umwelttechnologien konnten sie deshalb nicht erkennen.

In Bremen erwies es sich nun, daß nahezu dasselbe für die Nordsee gilt. Die Strömungsverhältnisse in diesem Meer lassen die „Wasserpakete" mit ihrer Schmutzfracht von der englischen Ostküste wie auch von der Rhein- und Maasmündung in die Deutsche Bucht gelangen. Dort geraten sie zusammen mit den Schmutzfrachten aus Weser und Elbe zunächst in einen „Kreisverkehr", in dem sie zum Teil länger als drei Jahre festgehalten werden. Bei uns also und nicht vor den britischen, belgischen, niederländischen oder gar französischen Küsten entstehen jene Schadstoffkonzentrationen, die das Leben im Meer und die Küstenwirtschaft bedrohen. Da die Schadstoffe von hier aus weiter nach Norden driften, sind die Küsten Dänemarks und Südschwedens nach der Deutschen Bucht am stärksten



Die Briten lernten einiges: Waldegrave, Spranger in Bremerhaven FOTO: DPA

betroffen. Natürlich ist den westlichen Anrainerstaaten dieser Mechanismus durchaus bewußt. Er ist der Grund, weshalb sie sich gegen die Erklärung der Nordsee zum „Sondergebiet" sträuben. Dies würde sie nämlich zwingen, ihre Einleitungen und Verklappungen von Schiffen aus in den offenen Atlantik zu verlegen – mit der Folge, daß die Schmutzpakete mit dem Golfstrom an ihre Seebäderküsten im Westen zurückkämen. Wenn also dort von einer deutschen „Ökohysterie" geredet wird, so ist eine gute Portion kühle Interessenpolitik im Spiel.

Erst vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum die deutsche Delegation nach Abschluß der Konferenz von einem „Durchbruch" gesprochen hat. Staatssekretär Carl-Dieter Spranger, der Delegationsleiter, attestierte „allen Staaten, auch England und Frankreich, ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft". Zwar wurden keine Grenzwerte und Fristen für die Reduzierung der Einleitungen festgelegt, aber die westlichen Länder bekannten sich zu ihrer Mitverantwortung und zur Notwendigkeit von „zusätzlichen Regelungen, die über die bisherigen hinausgehen". Spätestens in drei Jahren wollen sie sich auf einer weiteren Konferenz der Selbstkontrolle stellen.

Mit anderen Worten: Obwohl in diesen Ländern die Dringlichkeit der von den Deutschen, Dänen und Schweden geforderten Maßnahmen zum Teil keineswegs eingesehen wird, ist ein Geleitzug zusammengestellt worden, der die Gesamtpolitik in eine bestimmte Richtung zwingt. Die Lehre, daß im Konvoi der Langsamste das Tempo bestimmt, scheint hier überholt zu sein.

Interessanterweise wirkt diese Konvoistrategie, deren Motor und eigentlicher Erfinder Friedrich Zimmermann mit seinen beiden internationalen Umweltkonferenzen geworden ist, in die Länder zurück. Der Druck der Öffentlichkeit hinter den früher als Randexistenzen geduldeten Umweltministern erhöht deren Autorität und Durchsetzungsvermögen. Am Ernst und an den Konsequenzen der Beschlüsse von Bremen kann also nicht gezweifelt werden. Auch wenn dem Umweltschutz keine Traumziele erobert worden sind.

IM GESPRÄCH Helga Barzel

Kandidaten-Vorstellung

Von Leonid Hoerschelmann

Das Delegiertengrüppchen rechts oben in der Ecke der Trierer Europahalle, das da plötzlich lauthals „Kandidaten-Vorstellung!" verlangte (wo doch die 16 Bewerber für die 15 Beisitzerplätze im CDU-Landesvorstand längst allen bekannt waren), wird sich etwas dabei gedacht haben. Man kann nur raten. Vermutlich hatten die Rufer eine Frau im Visier. Wird sie unsicher wirken, ins Stocken kommen, sich vielleicht rechtfertigen?

Aber dann marschierte die schlanke, blonde Kandidatin mit dem schmalen Gesicht sicheren Schrittes und mit völlig unbewegter Miene zum Podium. „Ich bin Helga Henselder-Barzel, seit 1964 in der CDU, seit vier Jahren im Landesvorstand und in vielen Parteigremien tätig gewesen. Mein Bezirksverband hat mich wieder nominiert." Punktum. Ende. Keinerlei Verlegenheit.

Der Beifall klang freundlich, fast befreit, kein Pfiff beispielsweise als Reaktion auf den Namen, der doch in diesen Tagen wie eine schwere Wolke über der ganzen Partei zu liegen scheint.

Das Wahlergebnis brachte die Bestätigung. Rainer Barzels Frau hat das Vertrauen ihres Landesverbands, nicht überwältigend, aber mit 328 von 425 abgegebenen Delegiertenstimmen immerhin auf dem achtbaren zehnten Platz. Hinter ihr sogar noch ein Minister (Holkenbrink), eine Staatssekretärin (Herr-Beck), der Mann der Mittelstandsvereinigung (Doss) und der Bundesvorsitzende der Jungen Union (Böhr). Ein normales Resultat, der Beweis, daß die CDU so etwas auf eine unverkrampfte und natürliche Art zu regeln imstande ist.

Helga Henselder-Barzel hat dies übrigens schon vorher gewußt. Ist ihre Gelassenheit nun die ganz persönliche Selbstbehauptung einer emanzipierten Frau – oder auch ein wenig Stellvertretung für den geschmähten Ehemann? „Ich kann meinen Mann nicht vertreten", sagt sie, ganz unpathetisch. „Aber ich stehe zu meinem Mann. Da müssen wir beide gemeinsam durch."



In der Partei fühlt sie sich geborgen: Helga Henselder-Barzel FOTO: DPA

Zur Sache selber sagt sie nichts. Was sollte sie auch? Die Vereinbarung, die ihr Mann mit der Kanzlei Paul traf, liegt lange vor ihrer Zeit.

Aber wird sie nicht ständig mit der Sache konfrontiert, wenn sie in Sachen Politik unterwegs ist? „Nein, bisher hat mich noch nie jemand attackiert", sagt sie. Und fügt etwas Verblüffendes für den hinzu, der Parteipolitik für kalte Interessenkungelei zu halten geneigt ist: „In der Partei fühle ich mich regelrecht geborgen."

Diese Geborgenheit in der vertrauten, heimatlichen Atmosphäre („Ich bin eine Moselanerin") war auch der Grund, daß die promovierte Juristin Helga Henselder ihren ersten Wohnsitz in Winningen an der Mosel beibehielt, als sie als Referentin für EG-Recht im Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels in Bonn zu arbeiten anfing, und ihn selbst dann nicht aufgab, als sie später dort den CDU-Politiker Rainer Barzel heiratete. Auch ihre Berufstätigkeit hat sie übrigens nicht aufgegeben. Vielleicht hat dieses gelassene Selbstbewußtsein einer jungen Frau Einfluß darauf gehabt, daß in zwölf Stunden Parteitagsdebatten in Trier wenigstens offiziell der Name Barzel nur ein einziges Mal genannt wurde: als sie sich vorstellte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Washington Post

Sie drängt im Fall des ermordeten polnischen Pfarrers Jerzy Popieluszko auf umfassende und rasche Aufklärung:

In einem kommunistischen Polizeistaat ist es beinah noch nie dagewesen, daß in einem politischen Mordfall so rasch und so offen Verhaftungen erfolgen. Aber es ist immer noch nicht klar, was hinter den Verhaftungen steckt und ob die vorgeschlagene Untersuchung ein Schwindel ist oder nicht. Der Fall Popieluszko besitzt auf jeder Ebene ein explosives politisches Potential.

WESTFALEN-BLATT

Zu den Bedingungen, die Nordrhein-Westfalens Grüne der SPD für eine Unterstützung stellen, heißt es in der Bielefelder Zeitung:

Sage niemand, die Grünen hätten es nicht rechtzeitig gesagt! Sie wollen „eine andere Republik". Sie fordern die sofortige Stillegung aller Atomanlagen und den „mittelfristigen Ausstieg" aus der Braunkohle. Und sie sind für den „Beginn der Reduzierung des Einflusses der Weltmarktkonkurrenz auf unser Land". Im Klartext bedeutet letzteres, daß die hochqualifizierte Gemischtwarenhandlung Bundesrepublik Deutschland morgen schon die Rolläden herunterrasseln ließe, um sich von Kundschaft und Auftraggebern abzuschotten. Zuletzt hatten die Volkswirtschaftstheoretiker im Dritten Reich solche wahnwitzigen Autarkiebestrebungen propagiert. Dabei sind diese Stichworte nur eine Kostprobe aus der landespolitischen Erklärung der nordrhein-westfälischen Grünen, die nunmehr im Entwurf vorliegt. Was sonst noch an verquastem Ideenreichtum auf dem grünen Humus blühen könnte, wird der Wählerschaft vorsorglich verschwiegen. Weitere Forderungen sollen – so heißt es ausdrücklich – erst nach einer Wahlunterstützung erhoben werden. Man muß kein Wirtschaftswissenschaftler sein, um zu erkennen, daß dieser Weg die Sackgasse in die Armut ist.

Neue Zürcher Zeitung

Zu den „DDR"-Stimmen bezüglich der Skandale in Bonn meint das Blatt:

Die propagandistische Ausnutzung der politischen Skandale in der Bundesrepublik vollzieht sich vor dem Hintergrund eines anhaltenden innenpolitischen Drucks in der DDR, der sich in der Flucht zahlreicher Bürger des Landes in die Botschaften der Bundesrepublik in Prag und Budapest manifestiert. Darüber hinaus dürften die Flick-Affäre und der Fall Barzel für die DDR-Führung einen willkommenen Anlaß bieten, gegenüber der Bevölkerung nachträglich die Absage der geplanten Reise Honeckers in die BRD zu rechtfertigen. Es muß allerdings bezweifelt werden, daß die derzeitige Kampagne gegen Bonn zu einer innenpolitischen Konsolidierung führt, da die Bevölkerung die Möglichkeit hat, sich durch die Medien der Bundesrepublik ein differenziertes Bild über die tatsächlichen Vorgänge zu machen.

Grüß mich nicht unter den Linden des Kanzleramtes

Die Kontaktangst von Politik und Wirtschaft als Folge der Flick-Affäre / Von Peter Gillies

Ein normal-entspanntes Verhältnis zur Politik hat die deutsche Unternehmerschaft nach dem Kriege nie gefunden. Die peinlich-klebrige Nähe zwischen Wirtschaft und Politik, wie sie jetzt als Flick-Affäre erschreckt, bestärkt den großen Teil der Unternehmerschaft in seiner Ansicht, stets auf Distanz zu jenen zu gehen, die man für vielleicht gutwillig, aber ökonomisch ahnungslos hielt – für eine Spezies von zyklisch wichtigen Hallodris, mit denen man sich besser nicht gemein mache. Der engagierte Unternehmer, der wirtschaftlichen Erfolg und politische Rahmenbedingungen als siamesische Zwillinge betrachtete und deshalb das ständige Gespräch suchte und anbot, blieb eher die Ausnahme. Man hatte ja seine Verbände und Organisationen.

Wenn sich in diesen Tagen Unternehmer treffen, sind die wichtigtuerischen wg.-Notizen Gesprächsthema Nummer eins. Der Vorwurf, diese Republik sei käuflich, raubt ihnen wie jedem Bürger den Atem. Unter dem Druck einer öffentlichen Meinungsmache, die mangels Unterscheidung das Kind mit dem Bade ausschüttet, wirkt bereits jedes Arbeitsessen oder jeder Informationsaustausch, die man mit dem Abgeordneten Meier oder dem Staatssekretär Schulze pflegte, anstößig. So steigert die Affäre die gegenseitigen Berührungsängste, obgleich die Wirtschaftslage mit ihren vielfältigen Problemen und zwei Millionen Erwerbslosen das Gegenteil erforderte.

Es wäre jedoch fatal, wenn die Flick-Affäre zur völligen Sprachlosigkeit zwischen Wirtschaft und Politik führte. Sowohl das Parlament wie die Verwaltung bedürfen der Rückkoppelung mit der Praxis. Viele Gesetze haben die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nur deshalb stranguliert, weil die Gesetzesmacher das Wünschbare statt des Machbaren durchpaukten, weil es Ideologen den Betriebsmanagern einmal zeigen wollten. Der Dschungel des Steuerrechts belegt das. Es ist teilweise bar jeder Logik, deswegen auch ungerecht; es bremst, statt zu motivieren.

Die Gewerkschaften und andere Gruppen sind da unbefangen. Sie entsenden ihre Leute direkt ins Parlament. Ihr abgeordneter Funktionär vermag dort Gewissen und Gewerkschaftsinteresse vorzüglich zu synchronisieren. Arbeitsplatz und Dotierung werden ihm warmgehalten. Den Gewerkschaften ist sogar das Kunststück gelungen, diese Vermischung als staatstragend und hoch moralisch, andere Interessenvertretungen dagegen als anrüchig darzustellen.

Wer jedoch als Unternehmer oder Freiberufler sein volles wirtschaftliches Risiko trägt, bei Scheitern in kein Netz plumpst und für keinen Wahlkampf bei vollen Bezügen vom Dienst freigestellt wird, überlegt sich ein Mandat viele Male. So ist es zu dem beklagenswerten Zustand gekommen, daß die Parlamente von Interessen des öffentliches Dienstes dominiert werden, also von jenen Gruppen, die das wirtschaftliche Risiko nie am eigenen Leib spüren und dafür um so vollmundiger darüber reden. Die Redensart „Die Parlamente sind mal voller und mal leerer – aber immer voller Lehrer" ist der Reflex auf eine Fehlentwicklung. Im ihren Kielwasser schwimmt jene Sterilität, die den Besitzstand über das Risiko setzt; sicher ein Beitrag zum Erfolg der Grünen. Daß die Parlamente keine mannhaften Antworten auf die abenteuerlichen Vorschläge von Öko-Marxisten bieten, die Einkommen ohne Arbeit und den Ausstieg aus der Industriegesellschaft bei vollem Lohnausgleich fordern, ist eine Folge dieser Verkrustung.

Andererseits wäre es abwegig, dieser Fehlentwicklung mit Quotierung von Lobbyisten beikommen zu wollen. Das Parlament bleibt immer auch eine Interessenvertretung. Es ist so zusammengesetzt, wie es die Wähler wollten. Die großen und kleinen Unternehmer, die Manager auf eigenes oder angestelltes Risiko haben es jedoch unterlassen, wie jene die Trommel zu rühren. Gewiß ergäbe eine Umfrage, daß die Mehrheit den Gewerkschaftler im Parlament für unverzichtbar, den Unternehmer aber für überflüssig hält. Diese Fehlentwicklung hat sich ergeben, obgleich Politiker wie Wirtschaftler noch nie eine Veranstaltung ohne den Appell verlassen haben, es müßte mehr wirtschaftlicher Sachverstand ins Parlament.

Von einem Kanzler Schmidt fand man es weitblickend und seriös, die Großen der Wirtschaft an seinem Kamin zu versammeln. Bei Kanzler Kohl beginnen einige schon die Nase zu rümpfen. Hier wird geheuchelt, obgleich sich der Kontakt zwischen Wirtschaft und Politik auch auf den vorparlamentarischen Raum erstrecken muß.

Gewiß hat die Ausweitung des Subventionsunwesens Abhängigkeiten geschaffen. Wer ständig am Tropf hängt, schießt nicht auf seinen Arzt. Jedenfalls aber kann sich das Unternehmerlager einiges von Gewerkschaften und öffentlichem Dienst abgucken: Unbefangenheit und kraftvolle wie öffentlichkeitswirksame Vertretung von Interessen. Die Interessen einer guten Wirtschaftspolitik sind, notabene, Interessen der Mehrheit.

Deutsche Chips sollen die Japaner das Fürchten lehren

Mit Megabit-Chips will Siemens die elektronische Aufholjagd gegen die Konkurrenz aus Japan und USA *erfolgreich* beenden. In eineinhalb Jahren soll das Ziel erreicht sein.

Von PETER SCHMALZ

Wie ihre aufmerksamen Kolleginnen *überall auf der Welt* ging auch Sigrid Czauderna am Freitag in das Büro ihres Chefs und tat, was eben jede gute Sekretärin *morgens erledigt:* Sie riß das oberste Blatt des Wandkalenders ab. Das kleine Papierstück warf sie aber nicht in den Korb, sondern legte es sorgsam auf den Schreibtisch des Chefs. Als Siemens-Prokurist Hans Friedrich danach sein Zimmer betrat, konnte er auf einen Blick sehen, was er eigentlich schon wußte: daß ihm die Zeit mit Siebenmeilenstiefeln davonläuft und er aufpassen muß, den Anschluß nicht zu verpassen. „590" stand an diesem Morgen in kantiger Computerschrift auf dem abgerissenen Zettel.

Für Hans Friedrich heißt das: Sonntage und Feiertage nicht gerechnet, bleiben ihm gerade noch 590 Tage zur Produktion eines technischen Wunders, mit dem der Münchner Elektronik-Riese die Welt erobern, die Japaner das Fürchten lehren und dem Elektronikzeitalter eine neue Dimension geben will. In nur noch 590 Entwicklungstagen soll die Massenproduktion *des Megabit-Chips* anlaufen und damit die elektronische Aufholjagd gegen die Konkurrenz aus den USA und aus Japan erfolgreich beendet werden. „Wir liegen zur Zeit noch eineinhalb Jahre zurück", schätzt Hans Friedrich. Er ist Leiter des Mega-Projekts und bekam den mahnenden Kalender von seinem *Chef geschenkt.* Seitdem ist *ihm* die schnelle Vergänglichkeit der Tage ein präsentes Phänomen.

Sein Trost: Einige Konkurrenten haben zwar die Nase ein wenig vorn, aber das sind nicht einmal zehn auf der ganzen Welt. Und von denen ist bisher keinem die wirtschaftliche Produktion des Super-Chips gelungen. Im Labor am Rande der Münchner Trabantenstadt Neuperlach konnte *Siemens immerhin als einziger in* Europa den Winzling herstellen, der kleiner ist als ein weiblicher Daumennagel und dennoch den Inhalt von 70 engbeschriebenen DIN-A4-Schreibmaschinenseiten fassen kann. Dafür werden auf seinen 60 Quadratmillimetern *eine Million Informations*punkte benötigt. Daß und wie dies möglich ist, strapaziert die Vorstellungskraft. Und auch der S-Bahn-Fahrer vor den Werkstoren ahnt nicht, daß er die Forscher hinter den dicken Betonwänden empfindlich stören kann, wenn er mal zu fest auf die Bahnbremse tritt.

Doch der Reihe nach: Die deutschen Elektronikkonzerne haben ein wenig geschlafen, als sich die Amerikaner, *von ihren Militärs dazu aufgefordert,* vor gut einem Vierteljahrhundert daran gemacht hatten, integrierte Schaltungen zu entwickeln und damit den elektrischen Impuls als die Macht der Zukunft zu entdecken. „Wir setzten damals noch auf unsere handwerkliche Fertigungskunst, die *zweifellos die beste der Welt war*", vermutet Siemens-Ingenieur Johann Haserer als einen Grund für das deutsche Desinteresse beim Start ins Elektronikzeitalter. Ein zweiter war die Konzentration der Deutschen auf die Unterhaltungselektronik, in der sie noch heute zumindest in der Qualität Weltspitze sind. Chips-Experte Friedrich: „Als wir in die Mikro-Elektronik starteten, waren wir zwangsläufig in der Follow-Rolle."

Wie schnell einem dabei die Puste ausgehen kann, zeigt ein Blick auf *das rasante Entwicklungstempo die*ser Branche: Die Integrationsdichte auf den kleinen Chips ist in den letzten 20 Jahren um das 10 000fache gestiegen und lag im vergangenen Jahr als Weltstandard bei 150 000 Transistoren auf fünf mal fünf Millimeter Fläche.

Ein halbes Dutzend Japaner und Amerikaner produzieren schon den 265-K-Speicher (an dem Siemens noch laboriert), das Marktwunder Megabit wird in zwei oder drei Jahren erwartet. Friedrich: „Wir bekommen alle drei Jahre eine neue Generation mit vierfacher Integrationsdichte."

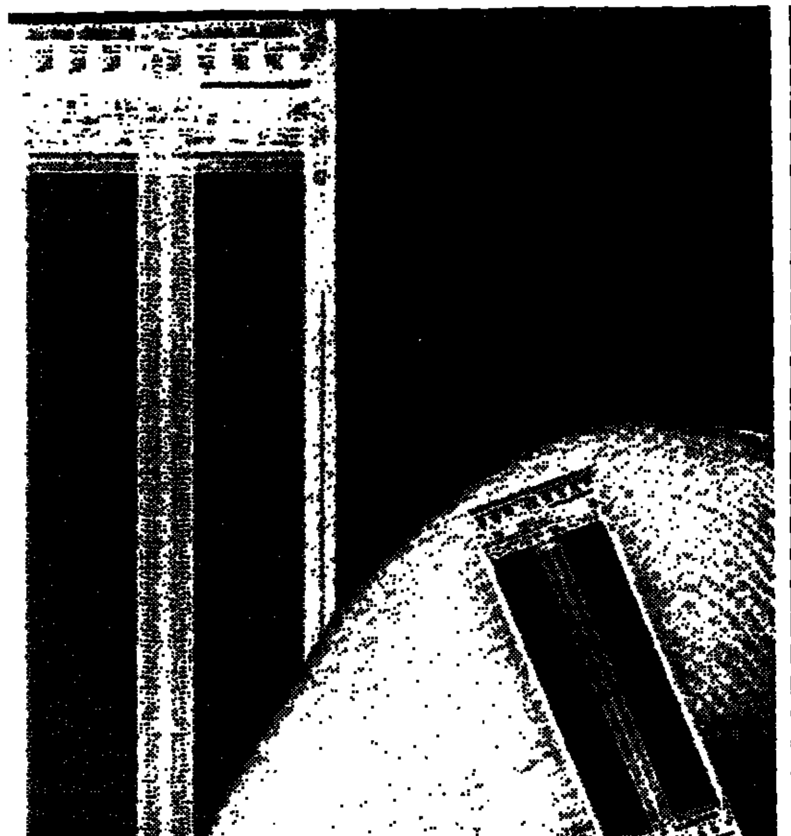
In diesen Langstrecken-Wettlauf im Sprint-Tempo ging Siemens nicht nur aus Prestigegründen, der Faktor Kasse spielte bei dieser Entscheidung eine nicht geringe Rolle. Die Weltmarktproduktion von integrierten Schaltungen stieg von 17 Milliarden *Mark 1980 auf voraussichtlich 57 Mil*liarden im kommenden Jahr. Ein weiteres jährliches Wachstum von 25 bis 30 Prozent ist absehbar.

Die Hälfte dieses Weltumsatzes schöpfen die Vereinigten Staaten ab, ein Viertel kassieren die Japaner, während die Europäer mit weniger als 20 *Prozent hinterherhinken* und die Deutschen gerade auf magere acht Prozent kommen. Wer gute Ware liefert, dem steht ein Milliardengeschäft *offen.*

Die Grundinvestition dafür legte Siemens in München-Neuperlach, wo auf 350 000 Quadratmetern eine Denkfabrik für 7000 Wissenschaftler *und Techniker hochgezogen* und von den Mitarbeitern auf „Datasibirsk" getauft wurde. Am äußersten Rand des Geländes steht eine unscheinbare Halle, *die nur wegen eines blauen* Aufbaus, der über ein Flachdach gestülpt ist, auffällt: die Pilotfabrik, in der 100 Forscher am künftigen *Super-Chip basteln.*

Sie arbeiten unter unwirklichen Bedingungen. Ihr Produkt ist so fein, daß die physikalischen Grenzen bald erreicht sein werden. In 12 bis 15 *Schichten* werden *auf* Siliziumplatten die Strukturbahnen der unzähligen und unsichtbaren Transistoren fototechnisch aufgetragen, die Fäden *sind dabei gut 60mal dünner als ein* feines Mädchenhaar. Die kleinste Erschütterung kann dabei eine Ebene gegen die andere geringfügig verschieben und eine Chips-Produktion *wertlos machen.* Und da genügt es eben schon, daß der Zugführer draußen in seiner S-Bahn zu kräftig auf die Bremse steigt.

Felsigen Grund, der Schwingungen *gut leitet, meiden daher* die Chips-Bauer; sie bevorzugen dämpfenden Schotterboden, wie er unter München liegt und wie er auch bei



Auf nur 28 Quadratmillimetern kann dieser Chip den Inhalt von sechs eng beschriebenen DIN-A4-Seiten speichern. Chips mit einem Speichervermögen von 70 Schreibmaschinenseiten sind keine Utopie mehr.

FOTO: DIE WELT

Regensburg zu finden ist, wo Siemens zur Zeit für 330 Millionen Mark *eine Chips-Fabrik für die Megabit*-Reihe errichtet. Die Fundamente für zwei weitere Mega-Hallen werden in München neben der alten Pilotfabrik gegossen.

Neben Schwingungen ist der Staub der *größte* Feind der Mikro-Elektroniker, wirkt doch auf den feinen Leiterbahnen ein harmloses Staubkorn wie ein Felsbrocken auf der Eisen*bahnschiene. In jedem Kubikmeter* Münchner Stadtluft wirbeln gut 50 Millionen Staubteilchen, in den Hallen der künftigen Mega-Produktion dürfen es aber nur noch zehn (!!) sein. Die *Luft* eines Operationssaales, so Mega-Chef Friedrich, ist dagegen regelrecht verschmutzt.

Runde 1,4 Milliarden Mark wird der deutsche Elektronik-Riese in den Chips-Wettlauf investieren und – um gegen Japan und die USA bestehen *zu können – mit dem* Niederländer Philips als zweitem Europäer, der noch mithalten kann, das Know-how austauschen.

Dennoch steht der übernächste Termin fest: Bis 1989 wird der *4-Megabit-*Speicher auf dem Markt sein. Seine Leitungen *sind nur noch* 0,7 Mikrometer dünn. Und es wird noch Jahre weitergehen. Das Ende könnte bei 100 Megabit liegen; das ist *der Faktor 100 gegenüber dem heute* noch nicht produktionsreifen ersten Megachip. „Dann werden wir die physikalische Grenze erreicht haben", meint Friedrich. Dann wird ein *menschliches* Haar *600mal* dicker sein als jede der Hunderttausende von Leiterbahnen auf dem Daumennagel-Plättchen.

Im Pariser Norden ein Luna-Park für das 3. Jahrtausend

Acht Milliarden Franc soll es kosten, das neue, bombastische Kulturzentrum zwischen der Porte de la Villette und der Porte de Pantin. Grund genug für die Kritiker, von einem monumentalen Denkmal zu sprechen, das sich die sozialistische Regierung in Paris setzen will.

Von A. GRAF KAGENECK

Im Norden der französischen Hauptstadt rattern die Dampfhämmer und ächzen die Kräne. Ein 55 Hektar großes Bauloch, das seit Jahren ein *nur* von gelegentlichen Massendemonstrationen gestörtes Dornröschen-Dasein führte, wird zu hektischem Leben erweckt. Denn Eile *ist geboten. Bevor das „sozialisti*sche Experiment für Frankreich", das mit der Wahl Mitterrands zum Staatspräsidenten im Mai 1981 begann, wo*möglich bei den nächsten Parla*mentswahlen 1986 ein abruptes Ende findet, will sich Jack Lang, Mitterrands Minister für Kultur, hier ein monumentales Denkmal setzen.

Zwischen den Wolkenkratzern *der* nördlichen Pariser Vorstädte und dem Zuckerkuchen der Sacre-Cœur-Kirche auf dem Montmartre, entlang den achtspurigen Außen-Boulevards mit ihrem ununterbrochen summenden Verkehr, wird den Parisern und ihren ausländischen Besuchern ein gigantisches Ensemble von Unterhal*tungsstätten, Musikpalästen* und wissenschaftlichen Museen erstellt, das alles bisher Dagewesene bei weitem übertreffen soll. „Wenn das Volk *nicht zur Kunst kommen will, muß* die Kunst zum Volk kommen", pflegt Jack Lang die Motivation zu diesem und anderen Baudenkmälern seiner Epoche zu resümieren.

Wenn es einen *Genius loci gibt,* so sollte er die *Planer* hier oben zwischen der Porte de la Villette und der Porte de Pantin eigentlich gewarnt haben vor jedem Gigantismus. Denn hier war es, wo die Regierenden *unter* dem Liberalen Giscard ihren größten Reinfall erlebten, als der Plan, Paris mit supermodernen, zentralisierten Schlachthöfen à la Chicago zu versehen, wegen *Fehlkalkulationen* und kriminellen Spekulationen scheiterte. Seitdem steht der Name „La Villette" (nach der nebenan liegenden Pforte) wie ein Menetekel über allen *staatlichen Großprojekten.*

Der Minister ließ sich nicht einschüchtern

Aber Jack Lang ließ sich nicht einschüchtern. Auch *nicht durch* Überlegungen, daß in Zeiten der Krise und des knappen Geldes andere als kulturelle Prioritäten zu setzen seien, auch nicht durch die Forderungen des *oppositionellen Zentrums-Abgeord*neten Mehaignerie, die Hälfte der acht Milliarden Franc, die für solche Bauten vorgesehen sind, für die Unterstützung der „neuen Armen" einzusetzen, von denen neuerdings viel die Rede ist. Der Minister für Kultur ist sich mit dem Staatspräsidenten einig, daß hier ein Zeichen gesetzt werden muß. Ein Zeichen für Frankreichs Kapazität, bauliche Großvorhaben, die das Normale übersteigen, zeitlich und finanziell zu bewältigen und ein Zeugnis für technologische Spitzenleistungen abzulegen. So soll das „Museum der Wissenschaften, der Technik und der Industrie", Prunkstück des neuen Luna-Parks des 3. Jahrtausends, eine absolut einmalige Sache für Frankreich und die Welt werden.

Ein *in* der Tat *eindrucksvolles* Ding, dieses Museum. Architekt Adrien Fainsilber, von François Mitterrand persönlich unter 471 Bewerbern *ausgesucht, konnte* seiner *Phantasie* freien Lauf lassen. Beton und Glas werden insgesamt 40 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche umschließen, *aber nur an drei Seiten. Die vierte,* nach Süden und auf Paris hinausgehende wird offenbleiben für die Sonneneinstrahlung und nur bei rauher Witterung provisorisch geschlossen. Zu drei Vierteln will man hier permanent alles ausstellen, was Menschengeist in drei Jahrtausenden geschaffen hat, von der Erde bis zum Universum, vom vorprogrammierten Fötus bis zum konservierten Leichnam, vom Feuerstein bis zum Atom, vom ersten Gestammel bis zur Computersprache.

Drei bis fünf Millionen Besucher pro Jahr

Das letzte Viertel des verfügbaren Raumes wird, nach dem Prinzip des so erfolgreichen Centre Pompidou, für aktuelle technologische oder geisteswissenschaftliche Eroberungen zur Verfügung stehen. In einem Planetarium wird man Sternkunde betreiben, in einer 12 000 qm großen Mediathek sich mit allen Erfindungen der Informatik vertraut *machen* können. Das ganze auf fünf Stockwerken, deren jedes eine mittlere Kirche bergen könnte. Man erwartet drei bis fünf Millionen Besucher jährlich.

Allein dieses Superding, dessen *Grundmauern einmal für eine* Schlachthalle des „Pariser Chicago" gedacht waren, wird die Hälfte des Kostenansatzes von nahezu acht Milliarden Franc für das Gesamtprojekt *„La Villette" verschlingen.* 1986 wird es auch nicht annähernd fertig sein, aber schon einen Teil seiner Aktivitäten aufnehmen können. Vor seiner südlichen Fassade schälen sich die Umrisse der „Geode" aus den Gerüsten, einer 36 Meter im Durchmesser messenden Kugel aus rostfreiem Stahl inmitten permanenter Wasserspiele, *in deren Flanken sich nach* dem Willen der Archtitekten „Himmel, Wasser und Erde, die Elemente der Menschheit" spiegeln sollen. Ein anderer Architekt schließlich, Bernard Tschumi aus der Schweiz, ist mit der Gestaltung des „Parks" beauftragt, einer Mischung aus Grünfläche und Unterhaltungs- oder Bildungsstätte auf 35 Hektar Boden, mit einer „Cité de la Musique", einer großen Halle für Theater und Rock-Konzerte und kleinen Pavillons für architekturale und urbanistische Ausstellungen.

Vieles von all dem aber steht vorläufig nur auf dem Papier. Die Austerity-Politik des Premierministers Fabius hat auch hier gnadenlos zugeschlagen. So stehen für 1985 Jack Lang für seine Pläne nur 350 Millionen Franc zur Verfügung, die Hälfte von dem, was ihm ursprünglich zugesagt worden war.

Die gelbe Mafia erobert die Westküste Amerikas

Die zunehmenden Aktivitäten von japanischen, chinesischen und vietnamesischen Gangsterbanden beunruhigen die Amerikaner.

Von A. v. KRUSENSTIERN

Paß- und Zollbeamte auf den Flughäfen von San Francisco und Los Angeles wundern sich schon seit geraumer Zeit darüber, daß manchen der japanischen Geschäftsleute, die aus Tokio angeflogen kommen, *die Spitze des linken* kleinen Fingers fehlt. Was es damit auf sich hat, erfuhr die Öffentlichkeit in der vergangenen Woche durch die Aussage eines Japaners in einem New Yorker Gerichtssaal.

Der Japaner erschien vermummt und maskiert vor Bundesrichter Irving Kaufman und war während seiner Befragung durch einen Wandschirm vor den Blicken des Publikums geschützt.

Mit Hilfe eines Dolmetschers identifizierte er sich als ein „Yazuka", als Mitglied einer japanischen Gangster-Zunft, deren Geschichte bis ins 16. Jahrhundert zurückreicht. Er schilderte deren Sitten und Gebräuche und beschrieb unter anderem eine Geste der Reue, die unter Yazukas üblich ist, wenn sie gegen eine Zunftregel verstoßen haben: Sie schneiden sich das letzte Glied des linken kleinen Fingers ab und schicken es in einer kleinen mit Alkohol gefüllten Flasche an ihren Yazuka-Boß. Um die Schilderung zu illustrieren, hielt er *seine linke Hand hoch:* dem kleinen Finger fehlte das letzte Glied.

Kaufman war sichtlich beeindruckt. Er ist Vorsitzender einer Kommission, die von Präsident Reagan den Auftrag hat, die zunehmende Aktivität *japanischer, chinesischer* und vietnamesischer Gangsterbanden in den USA und ihre Kontakte mit der Mafia zu untersuchen.

Daß asiatische Banden in den Vereinigten Staaten neues Territorium erschließen, *hängt mit* der veränderten Struktur der Wanderungsbewegung in die USA während der letzten zwanzig Jahre zusammen. Bis etwa Mitte der sechziger Jahre kamen die meisten Einwanderer aus Europa. Heute kommen über 80 Prozent der legalen und illegalen Zuwanderer aus Asien und *Lateinamerika.* Im Jahre 1980 waren nur zwei Prozent der Bewohner der USA asiatischer Herkunft. Ende des Jahrhunderts werden es, so schätzt man, sechs bis sieben *Prozent sein.*

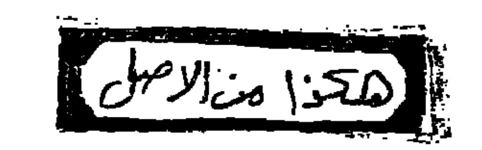
„Die Yazukas sind eine *kriminelle Organisation mit* über 100 000 Mitgliedern und Millionen von Dollar an Kapital", sagt Kriminalkommissar George Win aus Los Angeles, der als Spezialist für japanisches Bandenwesen gilt. „Sie suchen ein neues Betätigungsfeld. Amerika ist für sie ein Land mit neuen Möglichkeiten, und so sickern sie bei uns ein." In New York *und* in den Großstädten der Westküste betreiben sie illegale Spielkasinos, die von japanischen Geschäftsleuten frequentiert werden. In *Los Angeles sind Yazukas laut* George Win im Mädchenhandel aktiv.

*Laut George Win haben die Yazu*kas sich das Ziel gesetzt, durch den Aufkauf amerikanischer Firmen und Firmenanteile Einfluß auf die amerikanische Wirtschaft zu gewinnen. Er glaubt etliche japanische „Geschäftsleute", die in letzter Zeit als Aktionäre an Hauptversammlungen amerika*nischer Konzerne teilnahmen und* Fragen an den Vorstand richteten, als Yazukas identifiziert zu haben. „Sie sind nicht stark genug, um innerhalb solcher Firmen wirklichen Einfluß *auszuüben, aber sie versuchen,* sich mit den Spielregeln vertraut zu machen", sagt Win.

Chinesische Verbrecherorganisationen haben in den USA eine wesentlich längere *Geschichte* als die Yazukas *und florieren* seit über einem Jahrhundert in den „Chinatowns" amerikanischer Großstädte. Auch sie gehen mit der Zeit. Ein Kriminalbeamter, der vor Kaufmans Kommission aussagte, identifizierte den angesehenen Geschäftsmann Edward Tse Chiu Chan, der in New Yorks Chinatown zwei Banken und *etliche andere Unternehmen besitzt,* als eine Schlüsselfigur der chinesischen Unterwelt. Chan sei Chef eines „Tongs" – so heißen die chinesischen Geheimorganisationen –, der sich mit Rauschgiftschmuggel und -handel in großem Stil beschäftige.

Neu sind in der amerikanischen Unterwelt-Szene die vietnamesischen Banden, die sich aus Flüchtlingen der *letzten zehn Jahre rekrutieren.* Ein anonymer vietnamesischer Zeuge bezeichnete vor der Untersuchungskommission den ehemaligen südvietnamesischen Ministerpräsidenten und Luftwaffen-General Nguyen Cao Ky, der in Kalifornien einen Alkoholikahandel betreibt, als Chef des vietnamesischen Gangstertums, ohne allerdings *Beweise dafür beizubringen.* Ky verwende die Gewinne der illegalen Aktivitäten zur Finanzierung antikommunistischer Guerrillas in Vietnam, erklärte der Zeuge. Ky wies die Vorwürfe weit von sich.

Nach Meinung von James D. Harmon, dem Justitiar der Untersu*chungskommission,* beherrschen die asiatischen Gangster etwa zwanzig Prozent des illegalen Rauschgifthandels in den USA. Der Rauschgifthandel ist *laut Harmon* auch das Gebiet, auf dem die asiatische Unterwelt und die Mafia am engsten zusammenarbeiten: Die Mafia als älteste kriminelle Organisation der USA ist im Ge*gensatz zu den asiatischen Banden im* ganzen Land präsent und hat ein eingefahrenes Verteiler- und Händlernetz. (SAD)



Kanzler und HBV bereit zu Gesprächen

GÜNTHER BADING, **Mannheim**

Ärger erwartet der zur – unumstrittenen – Wiederwahl antretende Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Günter Volkmar, auf dem Gewerkschaftstag in Mannheim nicht. Er gehe von einer „breiten Übereinstimmung" aus, kündigte er noch vor Beginn des einwöchigen Kongresses an. Von Zerreißprobe ist auch unter den Delegierten nicht die Rede. Anders als beim letzten Kongreß vor vier Jahren in Wiesbaden. Damals hatte eine kleine Gruppe aus Oldenburg versucht, den Linkstrend der HBV zu bremsen und damit für Diskussionsstoff gesorgt.

In Mannheim gibt es dieses Mal keine derartigen Anträge mehr. Interessant dürfte jedoch die Diskussion um Anträge werden, in denen die gewerkschaftseigenen Unternehmen aufgefordert werden, bei der Arbeitszeitverkürzung das Wettbewerbsdenken hintanzustellen und die 35-Stunden-Woche als Vorreiter einzuführen. Insgesamt liegen den 296 ordentlichen Delegierten – erwartet werden an die tausend Teilnehmer – 327 Anträge und Entschließungen zur Beratung vor.

Angriffe auf Bonn

Aufschluß über die innere Verfassung der HBV, die in ihrer bewußt betriebenen Abgrenzung zur Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) oft radikalere Töne anschlägt als andere DGB-Gewerkschaften, könnte der vom Landesbezirk Hessen gestellte Antrag Nummer 159 geben. Dort wird eine breite und „unvoreingenommene" Diskussion über den politischen Streik in der gesamten HBV verlangt. Allerdings heißt es dann gleich: „Diese Diskussion ist so zu führen, daß die Kraft in den Betrieben vorhanden ist, wenn ein politischer Streik notwendig ist."

Unter dem Motto des Gewerkschaftstages „Arbeit für alle – Frieden – soziale Sicherheit" stehen scharfe Angriffe auf die Bundesregierung zu erwarten. HBV-Vorsitzender Volkmar hat dies schon vorab deutlich gemacht, als er einen „Kurswechsel in der Bonner Arbeitsmarkt- und Finanzpolitik" forderte und davon sprach, daß die politische Wende in Bonn „die Probleme der Arbeitnehmer erheblich verschärft" habe. Das von der Bundesregierung geplante neue Beschäftigungsförderungsgesetz nannte Volkmar die „bisher härteste Kampfansage" an den DGB und vor allem an die HBV. Die Kritik dieser Gewerkschaft richtet sich vor allem gegen die Zulassung kapazitätsorientierter Arbeitszeitregelungen und gegen das „Job sharing". Damit werde den Rationalisierungsbestrebungen der großen Warenhäuser – ein wichtiger, aber auch schwieriger Organisationsbereich der HBV – direkt zugearbeitet, erklären die Funktionäre.

„Keine Kamingespräche"

Volkmar hat in seiner Amtszeit oft versucht, ausgleichend zu wirken. So hat er, ebenfalls kurz vor dem Kongreßbeginn, trotz der generellen Ablehnung der Wiederbelebung der Konzertierten Aktion im DGB in einem Pressegespräch seine Bereitschaft bekundet, mit der Bundesregierung und den Arbeitgebern „konkrete Strategien" zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu erörtern. Allerdings dürfe sich eine solche Gesprächsrunde nicht in „Kamingesprächen" erschöpfen.

Bundeskanzler Kohl, der als Gastredner zum Gewerkschaftstag der HBV Forschungsminister Riesenhuber entsandt hat, hat sich in einem Grußwort zum Kongreß ähnlich geäußert. Kohl bot Gespräche, wie sie Volkmar zu führen bereit ist, konkret an. Von rein sozialen Veranstaltungen hält auch der Kanzler nichts. Diese Gespräche müßten „etwas bewirken".

Die Evangelische Kirche und das Barmer Erbe

EKD-Synode in Travemünde / Rechenschaftsbericht

HENK OHNESORGE, **Lübeck**

Mit einem Gottesdienst im Lübekker Dom hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) gestern ihre diesjährige Tagung, die letzte ihrer Amtsperiode, aufgenommen. Sie ist mit den 120 Mitgliedern das höchste gesetzgebende Organ der etwa 25 Millionen Protestanten der Bundesrepublik, die in 17 Landeskirchen zusammengefaßt sind.

In seinem Rechenschaftsbericht ging der EKD-Ratsvorsitzende Bischof Eduard Lohse (Hannover) unter anderem auf einen der Beratungspunkte, die vor fünfzig Jahren zur Distanzierung gegen den Nationalsozialismus verabschiedete „Barmer Erklärung", ein und sagte: „Das Barmen-Gedenken hat vielerlei, im einzelnen recht unterschiedliche Äußerungen in der evangelischen Christenheit hervorgebracht, die die Theologische Erklärung teils für eine gesellschaftspolitische, teils für eine fundamentalistisch-gesetzliche Auslegung in Anspruch nehmen wollen ... Nicht gestattet ist es, eigene Wünsche und Vorstellungen in die Thesen hineinzuinterpretieren. Aus dem Abstand von fünfzig Jahren mag man den einen oder anderen wichtigen Gesichtspunkt kirchlicher Lehre in den Barmer Thesen vermissen. Aber es ist nicht unsere Sache, die Barmer Theologischen Erklärungen neu zu schreiben; wohl aber ist es geboten, daß wir uns diese Erklärung produktiv aneignen ... Die Frage, wo und wie das Erbe von Barmen heute recht gewahrt wird, läßt sich nicht mit einem voreilig angemeldeten Anspruch, sondern nur in einer auf das Wort hörenden und auf seine Kraft verpflichteten Verantwortung klären ..."

Lohse spielte damit auch auf diejenigen reformierten Christen in der Bundesrepublik an, die unter Berufung auf Barmen auch die Lagerung von Atomwaffen selbst zu Verteidigungszwecken für mit dem Glauben nicht vereinbar bezeichnet hatten."

Sorge um Gemeinwohl

Die Kirche sei verpflichtet, an der Sorge um das Gemeinwohl um des kirchlichen Auftragswillens nach bestem Vermögen teilzunehmen. Dem dienten auch die mit sachkundiger Unterstützung erstellten Studien und Denkschriften: „Die sorgfältigen Beratungen, die in den Kammern und Ausschüssen geführt wurden, haben durchwegs Ergebnisse gezeitigt, die in hohem Maße konsensfähig sind. Mag der eine oder andere auch ein gewisses Bedenken dagegen haben, wenn auf diese Weise zustande gekommene Stellungnahmen als zu ausgewogen beurteilt werden, so ist doch das Bemühen, Lösungen vorzuzeichnen, die eine breite Zustimmung erfahren können, legitimer Ausdruck verantwortlichen kirchlichen Handelns."

Nachdem die Sorge um die hohe Zahl der Arbeitslosen geblieben sei, müsse die Kirche intensiv darüber nachdenken, wie der Arbeitslosigkeit wirksamer als bisher begegnet werden könne, wie neue Arbeitsplätze gegründet und was getan werden könne, um jungen Menschen nach abgeschlossener Ausbildung eine weitere berufliche Tätigkeit zu eröffnen. Lohse: „Guter Wille allein reicht nicht mehr aus, neue Anstrengungen sind nötig. Die Solidargemeinschaft zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen muß sich weitaus stärker bewähren, als das bisher geschehen ist. Unter keinen Umständen ist es angängig, etwa eine Gewöhnung an den Zustand eintreten zu lassen, daß Hunderttausende von Menschen in unserem Land ohne die Möglichkeit bleiben, berufliche Arbeit zu finden."

Warnung vor Mißbrauch

Im Hinblick auf die Verantwortung, die heranwachsende Jugend vor Gefährdungen zu schützen, die ihr dauerhaften Schaden zufügen könnten, nannte der Ratsvorsitzende der EKD den Video-Markt und sagte: „Bei aller Respektierung des hohen Gutes, das die Meinungs- und Informationsfreiheit in unserem Lande bietet, muß vor einem Mißbrauch dieser Freiheit nachdrücklich gewarnt werden. Solcher Mißbrauch setzt ein, wo jugendgefährdende Produkte aus Profitsucht oder Geltungsbedürfnis hergestellt und angeboten werden."

Zur Friedensfrage erklärte Lohse, der Rat der EKD sei dankbar dafür, daß beide deutschen Staaten sich der ihnen auferlegten Verantwortung bewußt seien, daß vom deutschen Boden nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe. Dies habe bewirkt, daß in der Deutschlandpolitik weiterhin das Bemühen vorherrsche, im engen Rahmen der Möglichkeiten Wege der Verständigung und Zusammenarbeit zu suchen und auch zu gehen.

Als ersten Punkt ihrer Tagesordnung wird sich die Synode, die sich zu weiteren Beratungen nach Travemünde zurückgezogen hat, mit einem Bericht über die Lage der jungen Generation und die evangelische Jugendarbeit beschäftigen.

Grüne Kontroverse um Europa-Abgeordneten

Hauptausschuß: Keine Fraktionsgelder mehr für Klöckner

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Die Grünen überdenken ihre Mitarbeit im Koordinierungsausschuß der „Friedensbewegung". Auf einer Sitzung ihres Hauptausschusses traten mehrere Mitglieder für einen Rückzug aus diesem Gremium ein. Zur Begründung wurde auf den zunehmenden Einfluß der SPD, der „so stark wie noch nie" sei, sowie den der DKP und DFU hingewiesen. Eine endgültige Entscheidung über diese Frage wollen die Grünen möglicherweise im Januar treffen.

Beschlossen wurde, daß der Hauptausschuß auf dem Parteitag im Dezember in Hamburg eine Änderung der Satzung beantragen wird. Er will damit erreichen, daß die Zusammenarbeit mit der Alternativen Liste (AL) in Berlin wie bisher fortgesetzt werden kann. Gegen eine entsprechende Vereinbarung, die mit der AL im November 1983 getroffen worden war, hatten drei Mitglieder der Grünen beim Bonner Landgericht eine Einstweilige Verfügung erwirkt (WELT v. 1. 11.). Auf der Sitzung am Wochenende meldeten Delegierte des Landesverbands Berlin der Grünen gegen den damaligen Beschluß jedoch keine Einwände an. Im Hauptausschuß wurde angeregt, ein Zweckbündnis „nach dem Vorbild von CDU und CSU" zu schließen.

Zu einer stundenlangen Kontroverse kam es um den Berliner Europa-Abgeordneten Michael Klöckner, der für sich einen „autonomen" Status im Straßburger Parlament beansprucht und ausdrücklich darauf hinwies, „kein Grüner" zu sein. Die Partei hatte ihn zusammen mit Benny Härlin für die Europawahlen nominiert, weil beide vom Berliner Kammergericht wegen Billigung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu je zweieinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden waren. Der Hauptausschuß forderte, daß Klöckner vom 20 Mitglieder zählenden Grün-Alternativen Europäischen Bündnis wegen seiner Haltung keine Fraktionsgelder mehr erhalten soll.

„Dies ist keine Bananenrepublik"

Kohl rechnet auf Parteitag der rheinland-pfälzischen CDU mit der Opposition ab

JOACHIM NEANDER, **Trier**

Ein wenig schien die Liturgie des Trierer Parteitages der rheinland-pfälzischen CDU auf den Kopf gestellt. Zuerst bemühten sich die Spitzen der Partei – der Bundeskanzler, der CDU-Generalsekretär und der Landesvorsitzende – um Aufmunterung und Trost für das Parteivolk. Und erst als auf diesem ersten größeren Unions-Forum seit dem Barzel-Rücktritt die Delegierten unter der Wucht der Tröstungen fast schon betäubt schienen, trat der ihnen verordnete Bußprediger in Gestalt des Gastredners Werner Remmers aus Niedersachsen auf.

Bundeskanzler Helmut Kohl, wieder einmal auf heimischem Gelände, schien ganz und gar Zuversicht. „Laß die Magazine schreiben, was sie wollen, wir gewinnen die nächste Wahl. Unser Weg ist richtig, und wir gehen ihn weiter!" lautete der Schlußsatz seiner einstündigen Rede.

Kritik an Biedenkopf

Zuvor hatte der Kanzler mit der Opposition abgerechnet. Die Republik sei nicht käuflich, weder unter Adenauer noch unter Erhard, Kiesinger, Brandt, Schmidt oder Kohl. Die Erfolge der neuen Regierung seien nicht hinwegzudiskutieren, von der Geldwertstabilität („Sie ist die sozialste Politik, die es gibt") über die 30 000 Ausreisebewilligungen für „DDR"-Einwohner bis zu den Lehrstellen. Wörtlich: „Dies ist keine Bananenrepublik, sondern ein großartiger Staat." Ein Druckerzeugnis, „das eher die Hamburger Kloake als die Wirklichkeit widerspiegelt", könne dagegen genausowenig ausrichten wie die Heuchelei mancher SPD-Politiker.

Kohl ging auf die Parteispenden, nicht aber auf den Fall Barzel ein. Kritik aus den eigenen Reihen begegnete er mit dem Satz: „Auf den Tisch hauen ist keine Kunst, aber er muß doch ganz bleiben." Und ohne den Namen Biedenkopf zu nennen, sprach er von Leuten, „die, wenn ihnen die Tüte entgegengehalten wird, auf alle Fälle glauben, etwas sagen zu müssen, weil die Vorstellung zu schweigen sie ihrer Männlichkeit beraubt".

Kämpferisch auch Geißler: Die Sozialdemokraten hätten in Bonn ihre Oppositionsrolle an die Grünen verloren. „Die Grünen treiben jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf, die SPD setzt sich drauf und gibt ihr die Sporen." Oder auch: „Von Castro bis Formaldehyd, die SPD macht alles mit." Freilich wandte sich der Generalsekretär auch „an die Adresse eines großen Konzerns": Die CDU wehre sich gegen jeden Versuch, durch Geld oder wirtschaftliche Abhängigkeitsverhältnisse Einfluß auf politische Entscheidungen zu nehmen.

Bemerkenswert war im Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden Ministerpräsident Bernhard Vogel unter anderem ein Appell an Unternehmer im benachbarten Hessen, „sich bei uns niederzulassen, wenn sie anderswo fürchten müssen, daß die politischen Rahmenbedingungen unsicher werden. Bei uns ist Stabilität und Kontinuität."

Auch Vogel rügte Biedenkopfs öffentliche Kanzlerkritik: „Lieber Hans Kurt Biedenkopf, bring deinen eigenen Laden in Stromlinienform, und dann komm' wieder ..." Mit 85,2 Prozent der Stimmen (36 Nein, 24 Enthaltungen) wurde Vogel im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt.

Wesentlich kritischer mit der eigenen Partei ging der Fraktionsvorsitzende im niedersächsischen Landtag, Werner Remmers (CDU), um. Die Aufgabe der CDU sieht Remmers in mehr als nur im Aufräumen: „Wenn wir den Ball, den wir jetzt im Bund und in den meisten Ländern durch eindeutigen Wählerauftrag spielen müssen, verstolpern, wird dies schwere Folgen haben für die Bundesrepublik, für Europa und die Welt. Fast alles spricht dafür, daß dies ein historischer Augenblick ist, in dem nur die Christlichen Demokraten die Weichen richtig für die Zukunft stellen können."

Dazu müsse Politik mehr sein als nur das „Nachvollziehen mehr oder weniger feststehender Abläufe und vordergründiges Koordinieren unterschiedlicher Aktivitäten, sondern ein Bemühen, bei einem Bekenntnis zur pragmatischen Realpolitik die zentralen geistigen Herausforderungen unserer Zeit zu begreifen".

Interne Affäre

Zur Flick-Affäre wählte Remmers wesentlich schärfere Töne als seine Vorredner. Die CDU schwebe in der Gefahr, beim Aufarbeiten der Folgen dieser Affäre „schon wieder jene Fehler zu machen, die unseren Bürgern an uns schon öfter aufgefallen sind und die sie sagen lassen: So sind die Politiker eben". Nicht nur von Kampagnen reden oder sich wechselseitig die Schuld in die Schuhe schieben sei das Gebot der Stunde, sondern zum Beispiel auch „eine Diskussion darüber führen, ob wir wirklich für unsere Parteiarbeit soviel Geld benötigen".

Fast ging auf diesem Parteitag eine landesinterne Affäre unter. Schon Bernhard Vogel hatte in seiner Rede mit einem Hinweis, er wolle auch 1987 wieder die Partei in den Landtagswahlkampf führen, deutlichen Applaus geerntet. Die Delegierten verstanden dies sehr wohl als Antwort auf gelegentlich in der Öffentlichkeit auftauchende Spekulationen um entsprechende Ambitionen des Fraktionsvorsitzenden Hans-Otto Wilhelm. Jeden Zweifel räumte dann Kanzler Kohl aus, als er in schneidendem Ton sagte: „Unter Kameradschaft verstehe ich, daß sich keiner zu Lasten eines anderen profiliert."

Seite 2: Die Glückskinder

Auswärtiges Amt stoppt Anwalt

Beratung der Prager Flüchtlinge durch Gesellschaft für Menschenrechte abgelehnt

XING-HU KUO, **Frankfurt**

Zwischen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt am Main und der Bundesregierung ist es zu einer Kontroverse über die Behandlung der 155 Flüchtlinge aus der „DDR" in der Prager Botschaft der Bundesrepublik gekommen. Die IGFM, zu deren Anliegen die Hilfe in Fragen der Ausreise und Familienzusammenführung gerade aus der „DDR" gehört, hatte fernschriftlich in der vergangenen Woche den Besuch eines beauftragten Rechtsanwaltes aus Stuttgart in der Prager Mission angekündigt.

Dieser hatte, wie er gegenüber der WELT jetzt erläuterte, den Auftrag, den Flüchtlingen eine kostenlose Beratung durch ihn, einem Experten in Flüchtlings- und Asylangelegenheiten, anzubieten. Nach einer strengen Kontrolle durch zwei tschechoslowakische Polizisten vor der Botschaft, die den Juristen erst nach telefonischer Rückfrage in das Gebäude gehen ließen, wurde der IGFM-Anwalt (der aus „standesrechtlichen" Gründen nicht namentlich genannt werden möchte) von Botschafter Klaus Meyer empfangen.

Kontakt mit Bonn

Der Missionschef erklärte sofort, die Angelegenheit „geht über meine Kompetenz". Er wolle zunächst mit dem Auswärtigen Amt Kontakt aufnehmen.

Am Nachmittag kam es daraufhin zu einem zweiten, anderthalbstündigen Gespräch zwischen Botschafter Meyer und dem Stuttgarter Juristen. Auf klare Weisung des Auswärtigen Amtes wurde ein Kontakt mit den in der Botschaft befindlichen Flüchtlingen abgelehnt.

Zur Begründung dieser Isolierung – die auch offenbar für Kontakte zu Verwandten in der Bundesrepublik gilt – verwies das Auswärtige Amt nach den Erklärungen von Botschafter Meyer darauf, daß die Straffreiheitsgarantie seitens der „DDR" nur für den „Besuch und Aufenthalt" in der Mission gelte. Kontakte zu Nichtangehörigen der deutschen Botschaft könnten hingegen nach „DDR"-Auffassung möglicherweise Straftatbestände schaffen.

Indirekt wurde dem Vertreter der Menschenrechtsorganisation bestätigt, daß die „DDR" inzwischen eine komplette Liste mit den Namen und sonstigen Daten der Flüchtlinge bekommen hat. Unbeantwortet blieb hingegen die Frage des Anwaltes, ob die Übermittlung dieser Angaben mit Wissen und/oder Billigung der Betroffenen geschehen sei.

Ebenso nichtbeantwortet wurde die Frage, inwieweit seitens der Bundesregierung Maßnahmen getroffen worden seien, daß durch die Übergabe dieser Listen nicht „Drittpersonen in der DDR aus dem Umfeld der Flüchtlinge gefährdet werden".

Nach dem Eindruck des Rechtsanwaltes sei in absehbarer Zeit keine Lösung in Sicht. Da die „DDR" offensichtlich nicht mehr bereit sei, wie in den vergangenen Fällen in der Ständigen Vertretung Bonns und der US-Botschaft in Ost-Berlin und auch in der Prager Mission, eine Ausreisegarantie zuzusichern, drohe hier eine langwierige Problematik heranzuwachsen.

Die IGFM erklärte nach der Rückkehr ihres Anwaltes aus Prag in einem Fernschreiben an das Auswärtige Amt, das Gesamtergebnis dieses Besuches sei „enttäuschend". Die IGFM hält die Auffassung der Bundesregierung für „nicht angemessen", das anwaltliche Angebot an die Flüchtlinge diesem Personenkreis nicht einmal mitzuteilen.

Auch die Befürchtung, durch Kontakte mit einem in der Bundesrepublik zugelassenen Rechtsanwalt könnten für die Betroffenen „gefährliche Folgen" entstehen, sei für die IGFM, die in diesem Bereich viele Erfahrungen sammeln konnte, „nicht nachvollziehbar". Die Hilfsorganisation kommt zu dem Schluß, die „Rechte und Interessen" der Flüchtlinge in Prag seien „nicht ausreichend" gewährt.

Frage an Windelen

Die IGFM wiederholt in ihrem Telex an das Auswärtige Amt die Fragen, die ihr Rechtsanwalt in der Prager Botschaft gestellt hatte und auf die Missionschef Meyer nicht antworten wollte und durfte. Gleichzeitig fragt die IGFM den Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), ob im Gegensatz zu ihrem Rechtsanwalt der Ostberliner Kollege Dr. Vogel, der sich nach Pressemeldungen in Prag aufhalte, wohl mit den Flüchtlingen aus der „DDR" zusammentreffen könne.

Während das innerdeutsche Ministerium bisher die Frage der IGFM unbeantwortet ließ, erklärte das Auswärtige Amt am 2. November, es sehe sich „nicht in der Lage, Ihre einzelnen Fragen zu beantworten". Dr. Bertele von der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes erklärte vielmehr, das Auswärtige Amt lasse sich „in allen seinen Handlungen von der Erwartung leiten, daß im Interesse der Zufluchtsuchenden alles unterlassen werden muß, was eine Lösung erschweren könnte".

Das Interesse Ost-Berlins gilt jetzt Paris

HANS-R. KARUTZ, **Berlin**

Die SED-Führung hält einen Besuch von Erich Honecker in der Bundesrepublik Deutschland frühestens im Spätsommer 1985 für möglich. Das gesamte erste Halbjahr 1985 wird nach Ostberliner Einschätzung im Zeichen der sowjetischen „Revanchismus"-Kampagne gegen Bonn stehen. Sie dürfte auch nach Bonner Analysen in den Feiern zum 40. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 1945 gipfeln. Den Zeitraum bis zur Bonn-Visite will der SED-Chef durch Gegenbesuche in Griechenland und möglicherweise Italien als zweitem NATO-Land nutzen. Außerdem ist ein Staatsbesuch Honeckers im sozialistischen Algerien vorgesehen.

In der Kette der Ost-West-Kontakte, die die SED-Führung seit dem Sommer durch Besuche von Bettino Craxi, Olof Palme und Andreas Papandreou unterhielt, bildet die heutige Ankunft des österreichischen Bundeskanzlers Fred Sinowatz den vorläufigen Schlußpunkt. Während der weitere Ausbau vor allem der wirtschaftlich-kulturellen Verbindungen zum neutralen Österreich gleichsam als „Selbstlauf" betrachtet wird, gilt die diplomatische Stoßrichtung Ost-Berlins jetzt vornehmlich Frankreich, dem wichtigsten Bonner Verbündeteten auf dem Kontinent.

Nach den Visiten der Außenminister Jean François-Poncet noch zu Zeiten des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing und Claude Cheysson unter dem Sozialisten Mitterrand rückt jetzt die Visite von Premier Laurent Fabius näher. Als spätester Termin gilt der Jahresbeginn. Er wäre nach Papandreou, Craxi und Trudeau der vierte Ministerpräsident eines NATO-Landes, der in Ost-Berlin Gespräche führt. Die weit über den üblichen Standard hinausgehende Höflichkeit, mit der kürzlich Volkskammer-Präsident Horst Sindermann (SED) in Paris empfangen wurde, verstärkte in Ost-Berlin den Eindruck, Frankreich honoriere in gewisser Weise die „Dolmetscher"-Rolle Ost-Berlins im tief gestörten Ost-West-Verhältnis.

Ein Besuch von Fabius wäre höher zu bewerten als die Visiten der Außenminister. Ost-Berlin vergaß nie, daß beide Ressortchefs seinerzeit mit Rücksicht auf den Status von Groß-Berlin keinen Besuch „in der DDR" absolvierten, sondern „in Berlin".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



„Gott, Ehre und Vaterland", dieses Motto in Polen prangt über dem Portal der Stanislaw-Kostka-Kirche. FOTO: UPI

Ein Signal, daß Solidarność lebt

Die Beisetzung Popieluszkos zeigt, auf welcher Seite die Mehrheit der Polen steht

DW. Warschau

Das Grab Jerzy Popieluszkos, des Märtyrers für die Ziele der „Solidarität", wird zu einem neuen Wallfahrtsort in Polen. Die Stanislaw-Kostka-Kirche in Warschau, vor der der von Geheimdienstleuten ermordete Priester beigesetzt worden ist, gleicht am Wochenende einer leuchtenden Festung der verbotenen Gewerkschaft. Überall brennen Kerzen, nicht nur rings um den von Plakaten bedeckten Zaun, sondern auch im Park und auf nahegelegenen Plätzen. Es ist so, als sei die „Solidarität" nie verboten worden. Offen ziehen Delegationen und Privatpersonen mit ihren Spruchbändern während der Beisetzungsfeier durch die nach Hunderttausenden zählende Menge.

Der Stadtteil ist weiträumig von der Polizei abgesperrt. In den anliegenden Straßen warten mehr als 100 Polizei- und Bereitschaftsfahrzeuge sowie Wasserwerfer. „Bitte keine Flugblätter annehmen", rufen kirchliche Ordnungskräfte über Megaphon, als plötzlich Flugblätter auftauchten. Die Menge bleibt diszipliniert, es zeigt sich auch so, auf welcher Seite die Mehrheit der Polen steht. Eisiges Schweigen herrscht, als über die Lautsprecher Vertreter des Staatsrates, des Sejm und der Stadtbehörden begrüßt werden. Grußworte an die Vertreter westlicher Botschaften hingegen werden mit Beifall bedacht. Der „Privatperson" Lech Walesa bereitet man Ovationen.

Walesa versichert vom Balkon der Kirche aus, daß „wir diesen Tod nie vergessen". Ein vielfaches „wir geloben es" ist die Antwort. Als Walesa seinen letzten Satz gesprochen hat, „Ruhe in Frieden – Solidarność lebt, weil Du für sie Dein Leben gegeben hast", wollen die Hochrufe auf die unabhängige Gewerkschaftsbewegung kein Ende nehmen.

Primas Kardinal Glemp geht in seiner Predigt auf das Opfer Popieluszkos ein. Dessen Motto „Mit dem Guten das Böse überwinden" soll zum „Programm der moralischen Erneuerung" in Polen werden. „Am Tisch des Dialogs" sollen die Probleme des Landes gelöst werden. Der Primas, in den vergangenen Jahren auf Distanz zum politischen Engagement Popieluszkos lebend, identifiziert sich jetzt mit der Zielsetzung der Arbeit des Priesters. Er weiß, daß Popieluszko kein Einzelfall war. Es steht schon fest, daß Dutzende von Priestern im Sinne des Toten „Messen für das Vaterland" lesen werden.

Der Kardinal: „Man hat ihm immer eine zu starke Politisierung der von ihm verkündeten Lehre der Kirche vorgeworfen. In der Atmosphäre dieses religiösen Begräbnisses werde ich dieses Thema nicht berühren. Dies wird gewiß noch ernsthaft besprochen und geklärt werden. Bekanntlich kann die Liebe zum Vaterland als eine Form der Nächstenliebe und des uneigennützigen Lebens nicht nur eine Abstraktion sein, sondern sie findet ihren Ausdruck im gesellschaftlichen Engagement." Er zieht eine Parallele zu dem im KZ ums Leben gekommenen Pater Kolbe: „Ein Beispiel für den selbstlosen Tod ist für uns Maximilian Kolbe. Können wir heute ein schöneres Ziel unserer Gebete finden als das, daß der Märtyrertod Jerzys nicht nur eine Angelegenheit seines irdischen Lebens ist, sondern daß er für uns die Frucht für unser besseres gesellschaftliches Leben trägt. Vielleicht war dieses Opfer notwendig, damit die versteckten Mechanismen des Bösen aufgedeckt werden, damit Kräfte frei werden, die nach dem Guten, nach Offenheit und nach Vertrauen streben."

Jetzt werden sich neben dem Grab Popieluszkos an jedem letzten Sonntag des Monats noch mehr Menschen versammeln, um patriotische Lieder zu singen und für den Sieg der Ideale von „Solidarität" zu beten. Wenn der Episkopat oder die Behörden diese Messen verbieten, bringen sie die Bevölkerung und die jungen Geistlichen, die bereits in der Vergangenheit manches am Kurs der Kirchenführung auszusetzen hatten, noch mehr gegen sich auf.

Überhaupt sind die politischen Folgen der Ermordung Popieluszkos noch nicht abzusehen. Fast zeitgleich mit der Beerdigung des populären Geistlichen wird bekannt, daß außer den drei unmittelbaren Tätern ein Oberst und ein Oberleutnant der Sicherheitsbehörden festgenommen worden sind. Der zuständige Abteilungsleiter im Innenministerium, ein Brigadegeneral, ist wegen mangelnder Dienstaufsicht von seinem Amt suspendiert worden. Daß so hohe Offiziere in die Angelegenheit verwikkelt sind, verstärkt die Befürchtungen, daß die Mörder einflußreiche Auftraggeber gehabt haben müssen. Das wiederum veranlaßt viele zu der Frage, ob Jaruzelski überhaupt die Kraft hat, mit den Eigenmächtigkeiten im Sicherheitsapparat aufzuräumen. Der Arm des KGB ist überall spürbar.

Schon mehr als 1000 Tote? / Sikhs flüchten in Tempel und Schulen

Indiens Polizei greift nur selten ein

PETER M. RANKE, Neu-Delhi

In den Straßen der indischen Hauptstadt Neu-Delhi waren auch gestern keine Sikhs zu sehen. Wer die Massaker der Hindus in den letzten Tagen überlebt hat, ist in Tempel, Schulen oder Polizeistationen geflüchtet, wo das Militär einigermaßen Schutz gewährt.

Im Stadtteil Sultanpuri treffe ich auf die erste Patrouille. In Stahlhelmen, Kampfuniformen und mit Maschinenpistolen bewegen sich die Soldaten teilnahmslos durch die Straßen. Vor einer Polizeistation stehen zwei Centurion-Panzer. Hinter der Mauer sieht man einige Sikhs mit verbundenen Köpfen. Aber ein Hauptmann verbietet, mit ihnen zu reden. Etwa zehn solcher Flüchtlingslager gibt es jetzt in der Stadt. Rai Kapur, ein Hindu, meint, der Mob sei aus den Vorstädten gekommen. „Wir riefen die Polizei an, aber niemand erschien." Die Wut auf die Polizei ist groß, aber die Macht in Neu-Delhi hat jetzt das Militär.

In einigen Stadtteilen wurde am Sonntag der Ausnahmezustand wieder verschärft, in anderen gelockert. Niemand kennt sich genau aus. Aber die meisten Geschäfte bleiben geschlossen. Schon sind Milch und Zucker knapp, auch frisches Brot. Dagegen sind viele Fahrrad-Rikschas und Privatautos unterwegs.

Vor dem berühmten „Roten Fort" haben Soldaten der 14. Brigade Zelte aufgeschlagen. Unter Bäumen parken Panzer und Lastwagen. Aber daneben spielen Jugendliche Fußball, ein friedliches Bild. Doch es täuscht.

Weil die Vorwürfe gegen die Polizei zu laut werden, setzte der neue Regierungschef Rajiv Gandhi am Samstag abend den Gouverneur von Delhi ab. P. G. Gavan ist „in Urlaub" und nicht mehr zu sprechen. Auch in der Polizei-Spitze gibt es Säuberungen. Die Presse wirft Polizeikommissar Subhasch Tandon vor, bei den Ausschreitungen völlig den Überblick verloren zu haben. Kein Wunder, die Polizei hat keine Funkgeräte und keine Streifenwagen, nur ihre Bambusstöcke und alte Gewehre. Nicht einmal Tränengas wurde gegen die Plünderer und Brandstifter eingesetzt, und nicht ein Täter wurde bisher verhaftet.

„Die Hindu-Polizisten haben mitgeprügelt oder weggesehen." Diesen Vorwurf schreit mir Habaiyan Singh ins Gesicht. Mit verbundenem Kopf steht er vor mir und heult beinahe vor Wut. Eine Hindu-Menge hatte ihn auf dem Hauptbahnhof zusammengeschlagen, als er mit dem Expreß aus Bombay kam.

„Ich habe selbst gesehen, wie eine Meute von Hindus sechs Sikhs auf dem Bahnhof lebend verbrannt hat", berichtet eine Frau, die nur ihren Vornamen Gurdip nennt, „sie holten Benzin aus ihren Motorrollern und kippten es über den niedergeschlagenen Männern aus." Auch sie beschwört: „Die Polizisten sahen zu oder sagten den Mördern höchstens: ‚Greift keine Hindus an'." Die einmütigen Anklagen gegen die Polizei lassen tatsächlich befürchten, daß die Polizei- und Armee-Einheiten die Sikhs tatenlos ihren Mördern überließen, um nicht selbst getötet zu werden.

Die Männer mit ihren Turbanen und Bärten wagen sich aus Angst, sofort erschlagen zu werden, nicht auf die Straßen oder in die Hospitäler. Die Regierung wiederum spielt die blutigen Massaker der letzten Tage herunter, ausländische Hilfe für die Sikhs ist unerwünscht. Dabei sind allein in Neu-Delhi seit vorigen Mittwoch 600 bis 800 Sikhs jämmerlich erschlagen, erstochen, zerhackt und verbrannt worden. Im ganzen Land sind es über 1200 bis 1500, schätzen die Zeitungen. „Warum habt ihr nicht eure Turbane abgenommen?" frage ich Gurpur Singh. Er schaut mich verwundert an. „Eher würden wir sterben." Viele wehrten sich nicht einmal, als wütende Hindus über sie herfielen.

Die Regierung hat alle Züge nach Neu-Delhi gestoppt, aber auch die Bundesstaaten Kaschmir und Pandschab sind praktisch abgeschnitten. Weder Züge noch Busse oder Autos kommen zur Zeit heraus oder hinein. Das Militär will den Sikhs keine Möglichkeit geben, nun ihrerseits einen blutigen Rachefeldzug zu starten. Beschwichtigend heißt es in Neu-Delhi, der überlebende Attentäter Satwant Singh habe gestanden, von Sikhs im Ausland zum Mord an Indira Gandhi angestiftet worden zu sein. Der Hauptdrahtzieher Giani Singh sei längst nach Europa entkommen.

Aber im Sikh-Tempel „Bangla Sahib" von Neu-Delhi herrschen Verzweiflung, Bitterkeit und Rachedurst. Fast alle Sikhs, die ich frage, sagen: „Hier können wir nicht viel machen, aber die vier Millionen Hindus im Pandschab können sich auf etwas gefaßt machen."

Schon gelten Sikh-Polizisten und -Offiziere in Polizei und Armee als unzuverlässig, als Risiko. In Regierungskreisen fürchtet man, daß sich die Sikh-Bevölkerung in Pandschab jetzt in umfangreichem Maße bewaffnet. Daß Pakistan heimlich Waffen liefert, gilt als ausgemacht. (SAD)

Gerüchte über Mordkomplott verdichten sich

AP, Neu-Delhi

Mutmaßungen, daß hinter dem Mord an Indira Gandhi ein umfangreiches Komplott unter Führung eines Armeegenerals steht, haben am Sonntag durch Berichte mehrerer überregionaler indischer Tageszeitungen neue Nahrung erhalten.

Die regierungsfreundliche englischsprachige „Hindustan Times" schrieb, der als einer von zwei Tätern genannte Sikh Satwant Singh habe im Verhör durch Geheimdienstbeamte Informationen über eine weitverzweigte Verschwörung preisgegeben. Seine Aussagen hätten „einige Tatsachen" enthüllt, die umgehend zu Verhaftungen geführt hätten. Satwant Singhs Frau sei im nördlichen Bundesland Pandschab verhaftet worden und habe angegeben, daß „irgendein Armeegeneral hinter dem Mordkomplott gesteckt" habe, berichtete das Blatt. Den Namen des Offiziers habe sie nach Angaben aus Geheimdienstkreisen nicht nennen können.

Das Verteidigungsministerium hatte am Donnerstag frühere Berichte des Inhalts dementiert, daß ein General in eine umfangreiche Verschwörung mit dem Ziel verwickelt sei, Frau Gandhi und andere zu töten. Ebenso bestritten wurde eine Meldung über die Verhaftung eines Generalleutnants der Armee.

Indira nach Hindu-Riten auf dem Scheiterhaufen verbrannt

PMR./DW. Neu-Delhi

Bis in die Dämmerung brannte der Scheiterhaufen aus hellbraunem, wohlriechendem Sandelholz, auf dem die ermordete Ministerpräsidentin Indira Gandhi nach den Riten der Hindu-Religion am Samstag eingeäschert worden ist.

Die Tote lag auf einer Bahre aus Bambusstöcken, bedeckt mit einem Leinentuch und unzähligen Blumengirlanden aus weißem Jasmin. Nur ihr Gesicht war zu sehen, umhüllt von einem dunkelroten Tuch. Mit tränenüberströmtem Gesicht umrundete Indiras Sohn, Rajiv, siebenmal den Leichnam, bevor er den Scheiterhaufen mit einer in Ghee (eine Art Schmalz) getauchten Fackel, begleitet von den monotonen Sprechgesängen der Hindupriester, entzündete.

Die Einäscherung, die nach dem Glauben der Hindus erst die Befreiung der Seele ermöglicht, fand nahe jenes Platzes am Ufer des heiligen Flusses Jamuna statt, wo auch schon Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru verbrannt worden sind.

Die Zeremonie zog sich über Stunden hin. Immer wieder schoben Priester und Verwandte neue Holzscheite nach. Aber der Leichnam war schon nach wenigen Minuten in Flammen und Rauch verschwunden.

Am Mittag war die sterbliche Hülle Indira Gandhis vom Teen-Murti-Haus in einer vierstündigen Prozession zur Verbrennungsstätte gebracht worden. Bewacht von mehr als 4000 Soldaten und begleitet von militärischen Einheiten marschierte der Trauerzug neun Kilometer durch die breiten Straßen der Hauptstadt. Die Lafette, auf der die Bahre mit der Toten ruhte, wurde von einem Militärlastwagen gezogen. Aber vor diesen hatten sich Soldaten der drei Teilstreitkräfte an drei Seile gespannt, um Wagen und Lafette zu ziehen.

Es war ein traurig-prächtiges Bild. Politiker aus etwa 80 Ländern nahmen an dem Trauerzug teil, schätzungsweise 450 000 Menschen säumten die Straßen. An verschiedenen Punkten der Stadt gingen Panzer in Stellung, um mögliche Unruhestifter abzuschrecken.

Der lange Zug der Trauergäste wurde von Feldmarschall Manekshaw angeführt, der die indische Armee während des Krieges gegen Pakistan 1971 befehligte. Unter den prominenten Gästen des Auslandes waren Margaret Thatcher (Großbritannien), Nikolai Tichonow (UdSSR), George Shultz (USA), Ziaul Haq (Pakistan). Für die Bundesrepublik nahm Bundesaußenminister Genscher teil.

Moskau spricht von Verwicklung „äußerer Kräfte"

AP, Moskau

Das sowjetische Parteiorgan „Prawda" hat am Sonntag den Vorwurf wiederholt, daß „äußere Kräfte" in die Ermordung der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi verwickelt seien. Der Kommentator Owtschinnikow schrieb, bei einem politischen Mord stelle sich natürlich die Frage, wer davon profitiere. Prominente Inder stimmten in der Ansicht überein, „daß Indien feindlich gesinnte äußere Kräfte – wenn nicht direkt, dann indirekt – in das Verbrechen verwickelt" seien. Das mächtige, einige und dynamische Indien sei „ein Hindernis für die Kräfte des Imperialismus und Kolonialismus". Frau Gandhis Führungsrolle in der blockfreien Bewegung und ihre Ablehnung von Rassismus, Apartheid, israelischer Aggression im Nahen Osten und amerikanischer Intervention in Indochina habe bei den Gegnern Indiens die Unzufriedenheit wachsen lassen, schrieb das Blatt.

Der Kommentar folgte einen Tag nach einer Begegnung von Ministerpräsident Tichonow mit US-Außenminister Shultz in Neu-Delhi, bei dem Shultz sich über Andeutungen einer amerikanischen Verwicklung in den sowjetischen Medien beschwerte.

Reist der Papst zuviel? – Johannes Paul II. sieht seinen Missionsfeldzug als einen Akt der Pflichterfüllung

Von FRIEDR. MEICHSNER

In den ersten sechs Jahren seines Pontifikats hat Johannes Paul II. schon mehr als 40 Länder besucht. Von Paris über Washington bis nach Tokio gibt es kaum noch eine ihm zugängliche Hauptstadt, in die er nicht schon triumphal Einzug gehalten hätte. Er erlebte die Konfetti-Parade in den Wolkenkratzerschluchten New Yorks. Er fuhr auf einem Kriegsschiff durch den brasilianischen Urwald. Er durchkreuzte das philippinische Inselreich. Sein Flugzeug kreiste über der nebelverhangenen Taiga Nordwest-Kanadas. In zwei Parforce-Touren flog er in Afrika von Land zu Land. Er predigte in Dublin, München und Canterbury, verhandelte auf dem Höhepunkt des Falkland-Konfliktes in Buenos Aires, segnete die Millionenmassen von Mexiko City, sprach auf dem Warschauer Siegesplatz und betete im portugiesischen Marien-Heiligtum Fatima.

Reist der Papst zuviel? Was treibt ihn zu seinen Reisen? Welche Ziele verfolgt er damit? Welche Gefahren läuft er? Was bewirkt er? Je deutlicher sich die päpstliche „Reise-Seelsorge" mit ihren Ausstrahlungen auch auf den gesellschaftlichen und damit politischen Bereich als eines der prägenden Elemente dieses Pontifikats erweist, um so mehr Gewicht erhalten solche Fragen.

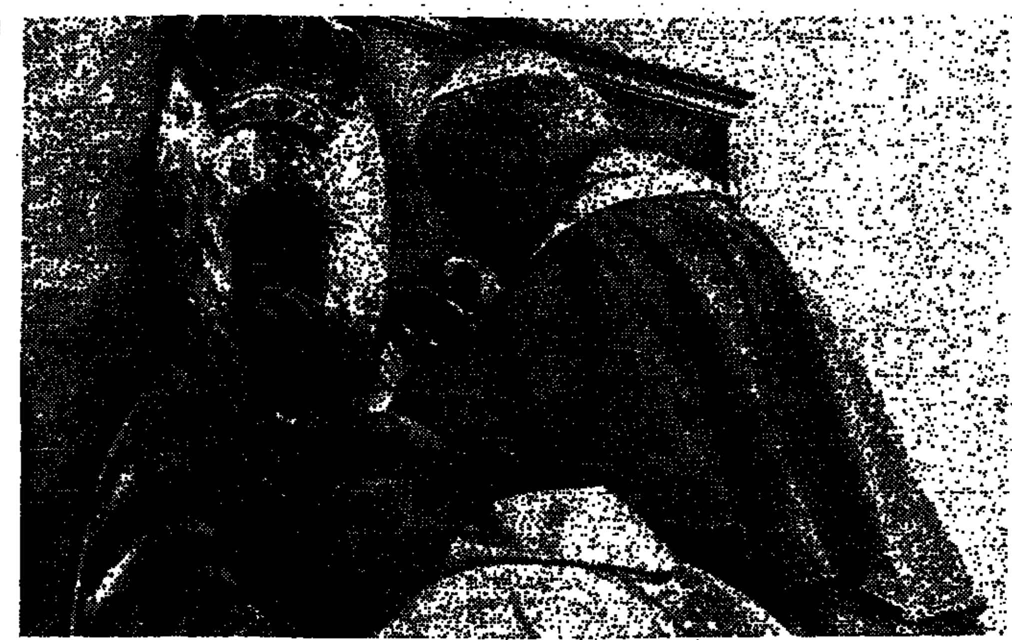
Schon nach den ersten großen Reisen fiel in der Umgebung des neuen polnischen Papstes mit dem Unterton der Besorgnis das Wort „Hektik". Laufe er nicht Gefahr, zu überstürzen und zu übertreiben, so fragte man. Müsse nicht die Kirchenregierung leiden, wenn im Vatikan wegen der Konzentration auf solche Reisen allzu vieles auf die lange Bank geschoben werde? Was werde am Ende von der Aura des „Pontifex maximus der Universalkirche" bleiben, wenn ein Papst wie der geschäftige Außenminister einer Großmacht durch die Welt eilt und sich auch noch von jedem anfassen und anreden lasse? Schließlich wurden auch noch Sicherheitseinwände erhoben. Einige dieser Bedenken haben sich inzwischen erledigt. Sie sind durch Tatsachen entkräftet worden. Tatsache ist beispielsweise, daß sich die römische Kurie auf den Papst-Rhythmus eingestellt hat. Tatsache ist auch, daß das Prestige des Papsttums weltweit noch nie so groß war wie unter diesem Pontifikat, daß Johannes Paul II. wieder auf den Reisen über die Massenmedien ein Echo in der Welt findet wie keiner seiner Vorgänger.

Über andere Einwände hat sich Karol Wojtyla offensichtlich in der Überzeugung hinweggesetzt, nicht nur das Richtige, sondern auch das Notwendige zu tun. Gelegentlich stellte er sich in Interviews selbst dem Thema „Reisen".

Schon 1980 sagte er im Gespräch mit einem Vertreter des vatikanischen „Osservatore Romano": „Viele sagen, der Papst reise zuviel und zu kurz hintereinander. Ich glaube, vom menschlichen Standpunkt aus gesehen, haben diese Leute recht. Aber es ist die Vorsehung, die uns leitet und die uns manchmal eingibt, etwas per excessum zu tun."

Wenig später, nach seiner großen Brasilien-Reise, rechtfertigte er seine „Reiselust" gegenüber seinem alten Krakauer Freund Jerzy Turowicz, dem Chefredakteur der Zeitschrift





24 Auslandsreisen hat Johannes Paul II. in sechs Jahren unternommen. Er besuchte dabei mehr als 40 Länder – von Mexiko bis Polen (rechts), von Japan bis Kanada (links). FOTOS: DPA/AP

Das Selbstbewußtsein der Katholiken gestärkt

„Tygodnik Powszechny", mit der Bemerkung, manchmal sei es notwendig, daß sich die Kirche in der ihr eigenen universalen Dimension erkenne. Die Anwesenheit des Papstes diene genau diesem Zweck.

Reisen als Akt der Pflichterfüllung also, im Rahmen eines Amtsauftrages. Die biblischen Bezugspunkte dafür sind nach katholischem Verständnis: Der allgemeine Missionsauftrag Christi an seine Jünger: „Darum gehet hin und lehret alle Völker"; die im Lukas-Evangelium berichtete Aufforderung an Petrus „... stärke deine Brüder" und die katholischerseits als Kirchengründung im Hinblick auf Petrus begriffene Stelle im Matthäus-Evangelium: „Du bist Petrus, und auf diesen Felsen will ich bauen meine Gemeinde."

Immer wieder hat Johannes Paul II. betont, daß es das Hauptziel seiner Reisen sei, die Gläubigen in aller Welt in ihrem Glauben zu stärken. Dieses Ziel kann seiner Meinung nach auch durch den Schau-Effekt nicht überdeckt werden, den diese Reisen zweifellos haben. Auf der Reise nach Brasilien bemerkte er auf eine diesbezügliche Frage des Autors, er wisse, das manche Leute befürchteten, der eigentliche Zweck seiner Reisen, die Seelsorge, könne durch das Massenschauspiel in den Hintergrund gedrängt werden. Aber er sei überzeugt, daß das Pastorale stets die erste Stelle behaupten werde.

Was diesen Papst zusätzlich zum Reisen bewegen mag, wovon er aber öffentlich nie spricht, ist sehr wahrscheinlich die Sorge um die innere Einheit seiner Kirche. Das II. Vatikanische Konzil hat Türen geöffnet, was weithin als befreiend empfunden wurde. Es hat aber auch Schleusen aufgetan und Strömungen erzeugt, die den Damm der Kircheneinheit zu gefährden drohen.

Unter einem neuen „demokratischen" Verständnis von Kirche und Glaube kam es in den verschiedensten Teilen der Welt zu einer inneren Distanzierung von der hierarchischen Kirchenspitze und Lehrautorität in Rom. Und das geschah nicht nur bei einzelnen Theologen, sondern auch im Kirchenvolk.

In den „reichen" Ländern der nördlichen Hemisphäre zeigte sich das vor allem auf moraltheologischem und auf kirchendisziplinärem Gebiet. Wenn das kirchliche Lehramt in seiner Normensetzung nicht mehr das Werturteil der Gläubigenmajorität berücksichtigte, wenn es gegen den Zeitgeist anging, wurden diese Normen – wie etwa in der Frage der künstlichen Empfängnisverhütung – mißachtet, und es wurde, was sicherlich noch gravierender ist, diese Mißachtung als Ausdruck einer „modernen" Konzeption der Institution Kirche gesehen.

In den Ländern der Dritten Welt wiederum breiteten sich die Basis- und Befreiungstheologien aus mit der These, daß der Glaube weniger gelehrt, als im aktiven Einsatz für die Armen und Entrechteten gelebt werden müsse. Nur so könne die Kirche „glaubwürdig" sein.

> Tatsache ist, daß das Prestige des Papsttums weltweit noch nie so groß war wie unter Johannes Paul II.

Mit in Rom verkündeten Enzykliken und Mahnschreiben ist dagegen offensichtlich kaum anzukommen. „Vor Ort" verweisen Priester, Theologen und Laien immer wieder auf ihre direkten „Erfahrungen", die man im Vatikan nicht habe und nicht verstehe. Da diese Erfahrungen zwischen Brasilien und Kanada, zwischen Japan und Schwarz-Afrika, zwischen Ozeanien und Polen sehr verschiedener Art sind, birgt ihre Pflege die potentielle Gefahr des allmählichen Auseinanderdriftens der Lokalkirchen in sich.

Auf seinen Reisen läßt der Papst keine Gelegenheit aus, eine solche Entwicklung abzublocken. Im Bewußtsein seiner persönlichen Ausstrahlungskraft, die stärker ist als jeder Enzyklika-Text, geht er in die Welt, um – wie es kürzlich ein aufmerksamer Vatikan-Beobachter formulierte – überall an Ort und Stelle klar zu machen, „was noch katholisch ist und was nicht mehr katholisch ist". Ausdrücklich beruft er sich dabei auf seine im Petrus-Amt fundierte universale Lehrautorität, auch wenn ihm bewußt sein muß, daß dies einen anderen, den ökumenischen Aspekt seiner Reisen ständig aufs neue belastet.

„Was katholisch ist und was nicht mehr katholisch ist" – das hat er im Blick auf die Befreiungstheologie schon 1979 im mexikanischen Puebla deutlich gemacht. Die „Neuinterpretation" von Jesus als einem politisch engagierten, gegen die römische Herrschaft und die Obrigkeit kämpfenden, ja sogar klassenkämpferischen Menschen, „dieses Verständnis Christi als politische Gestalt, als Revolutionär und Umstürzler von Nazareth" lasse sich mit der Lehre der Kirche nicht in Einklang bringen, hatte er gesagt.

„Was katholisch ist und was nicht mehr katholisch ist", das hat er den Katholiken von Chicago bis ins schweizerische Einsiedeln, von Vancouver bis Cebu City auf den Philippinen auch durch die hartnäckige Verteidigung der traditionellen Grundsätze von Moral- und Familienlehre ins Bewußtsein gehämmert.

Den beiden innerkirchlichen Motivationen und Zielsetzungen der Papst-Reisen – der Seelsorge und der Festigung der kirchlichen Einheit – steht ein dritter Beweggrund zur Seite, der auf die Menschheit als Ganzes hinleitet: „Gehet hin und lehrt alle Völker."

Die Botschaft, die Johannes Paul II. den Völkern der Welt bringt, ist die Aufforderung zur Ein- und Umkehr im Geiste des christlichen Humanismus. Unter Berufung auf diesen Geist stellt er sich landauf, landab auch gesellschaftlich relevanten Fragen, die den Frieden, die Menschenrechte, die Wirtschaftsstrukturen, die Entwicklung und die Bevölkerungsexplosion betreffen. Unermüdlich verkündet er dabei den Primat des Menschen – seiner Würde, seiner Rechte, seiner Freiheit – über die Dinge.

Überall, wo er das bisher – jeweils vor einer Zuhörerschaft von Hunderttausenden, ja Millionen – tat, sprang noch immer der Funke über – sei es in Manila, sei es in Warschau, sei es in São Paulo. Alle schienen die Ausstrahlungskraft seiner Persönlichkeit, die Kompromißlosigkeit seines Engagements, die Stärke seines Glaubens zu spüren. Und sie schienen sich in einer haltlos gewordenen Welt fast willenlos einer starken Persönlichkeit hinzugeben.

Kein Politiker unserer Zeit kann von sich sagen, daß er die Massen derart in seinen Bann zu ziehen versteht wie dieser Papst aus Polen. Das schon macht sein Auftreten zu einem gesellschaftlichen Phänomen. Da er sich außerdem nicht scheut, vor diesen Massen brennende gesellschaftliche Probleme aufzugreifen und ganz bestimmte, an der christlichen Botschaft orientierte Lösungen aufzuzeigen, sprengen seine Reisen den kirchlichen und religiösen Rahmen, werden sie auch zu einem Politikum.

Damit beginnen auch die Gefahren und Mißverständnisse, denen sich Johannes Paul II. auf seinem Missionsfeldzug durch die Welt zweifellos aussetzt. Schon auf seiner ersten Reise, die ihn durch Mexiko führte, ließ seine Bemerkung aufhorchen, daß die Kirche als „Meister der Wahrheit" über allen Systemen und Ideologien stehe. Und nach seiner vorletzten Reise durch Kanada registrierte die Zeitung „Sunday Star" in Toronto bei Andersgläubigen den „allgemeinen Eindruck, daß der Papst tatsächlich wünsche, die ganze Welt solle sich seiner Kirche anschließen".

Johannes Paul II. weiß natürlich, daß die Zeiten vorbei sind, da in weiten Teilen der Welt die gesamte staatliche Gesellschaft katholisch war und die Kirche ihren religiösen und moralischen Normen in staatlichen Gesetzen Geltung verschaffen konnte. In der heutigen pluralistischen Gesellschaft kann es keine katholische Staatsreligion mehr geben, würde jede Form des katholischen Integralismus mit Sicherheit auf stärksten Widerstand stoßen. Auf seinen Reisen hat der Papst selbst oft gesagt, daß „es viele Probleme gibt, die sich den Aktionsmöglichkeiten und der Mission der Kirche entziehen".

Trotz dieser Einsicht drängt es ihn offensichtlich immer wieder, auch auf außerkirchlichem Gebiet Diagnosen zu stellen und Therapien anzubieten. Damit kommt zwangsläufig der Eindruck auf, er habe auch eine „politische" Konzeption. Nach seiner wiederholt zum Ausdruck gebrachten Überzeugung wird die Würde des Menschen sowohl vom materialistischen, anti-religiösen Marxismus als auch vom laizistischen, „entchristlichten" Kapitalismus verletzt. Vor allem wenn er von Lateinamerika und generell von Entwicklung spricht, scheint er eine „dritte Position", eine Position der Äquidistanz zu beziehen.

Auf seiner letzten Reise ließ er in Santo Domingo erkennen, daß er in einem neu evangelisierten Lateinamerika das mögliche Modell einer „dritten" Gesellschaftsordnung sieht, einer Ordnung, die den Armen und Entrechteten über das Evangelium eine „Gesellschaft der Liebe" garantieren soll. Im kanadischen Edmonton übte er scharfe Kritik am „reichen Norden", dessen Völker, wie er sagte „auf Kosten anderer das imperialistische Monopol wirtschaftlicher und politischer Überlegenheit für sich selbst anhäufen". Vor den neufundländischen Fischern in Flatrock postulierte er eine Umstrukturierung der vorwiegend vom Profitdenken bestimmten Wirtschaft.

> Seine Reisen sprengen den kirchlichen und religiösen Rahmen, sie werden auch zu einem Politikum

Daß die katholische Kirche das kapitalistische Wirtschaftssystem im christlich-sozialen Sinne verändern will, ist spätestens seit „Rerum novarum", der von Leo XIII. im Jahre 1891 veröffentlichten ersten großen Sozialenzyklika, aller Welt bekannt. Daß es den Kapitalismus von damals in den „reichen" Ländern längst nicht mehr gibt, daß er sich sozial geläutert hat, ist unumstritten. Wenn der Papst jetzt auf seinen Reisen gelegentlich den Eindruck erweckt, als stelle er die im großen und ganzen sozial-liberal orientierte Wirtschaftsordnung der westlichen Welt – vor allem auch im Blick auf die weltweite Entwicklungsproblematik – auf die gleiche Stufe mit den Systemen des unsozialen Realsozialismus, stößt das verständlicherweise von Westeuropa über Nordamerika bis nach Japan auf einiges Erstaunen.

Kenner der Nord-Süd-Problematik – auch solche im katholischen Lager – fragen sich, ob der Stand der innerkirchlichen Verarbeitung der Entwicklungspolitik schon ein Urteil erlaubt – gar ein Urteil pauschaler Parteinahme gegen den „reichen" Norden sowohl in seiner „kapitalistischen" als auch in seiner marxistischen Komponente. Nach der päpstlichen Kanada-Reise meinte ein amerikanischer Diplomat im Gespräch, der „Kaptialismus" sei sicherlich auch in seiner jetzigen Form noch durchaus reformbedürftig, unbestreitbar aber sei, daß bisher allein die „kapitalistische" Wirtschaft genügend Wohlstand produziert habe, um der Dritten Welt – wenn auch unzureichend – überhaupt Entwicklungshilfe leisten zu können.

Wird der Papst mißverstanden, wenn man ihm nicht selten unterstellt, sein negatives Urteil über den „entchristlichten" Kapitalismus sei letztlich moralisch motiviert, gelte in erster Linie der, wie er in Kanada sagte, „hedonistischen" Gesellschaft des Westens? Beruht es auf einem Mißverständnis, wenn aus seinen Reden immer wieder geschlossen wird, er stehe trotz seiner entschiedenen Ablehnung des Kommunismus „politisch links" und „dogmatisch weit rechts"? Ist es ein Fehlschluß, wenn manche meinen, er lege auf seinen Reisen durch Reden, in denen er sich nicht selten die örtlich bedingten Thesen lokaler Bischofskonferenzen zu eigen mache, die Universalkirche in bedenklicher Weise fest?

Das sind offene Fragen. Im letzten unbeantwortet muß auch im Augenblick noch die Frage bleiben, was Johannes Paul II. mit seinen Reisen bewirkt.

Übermächtig ist zunächst stets der audio-visuelle Eindruck: die magnetische Persönlichkeit eines Mannes, dem die Massen zujubeln, der mit einer scherzhaften Bemerkung Tausende in Bann zu schlagen versteht, der Kinder umarmt und küßt, Behinderte liebevoll streichelt – eines Mannes, der ausgelassene Freude verbreiten und im nächsten Augenblick sein Publikum zu tiefster Andacht bewegen kann. Oft reicht eine seiner spontanen Gesten, um eine religiöse Feier, bei der das Weltliche die Oberhand zu gewinnen droht und der Verdacht einer perfekt organisierten Propaganda-Schau aufkommt, auf ihren Wesenskern zurückzuführen.

Was aber bleibt, wenn die Bilder verblaßt sind, die Euphorie verrauscht ist? Sicherlich eine Stärkung des Selbstbewußtseins der Katholiken – besonders dort, wo sie in der Minderheit sind. Auch die Kraft zum inneren Wandel von Mensch und Gesellschaft im Geiste des von diesem Papst verkündeten christlichen Humanismus? Um das zu entscheiden, sind die sechs Jahre seit der ersten Reise Johannes Pauls II. wohl noch ein zu kurzer Zeitraum der Bewährung.

Pentagon ordnet Bereitschaft für Flugzeugträger an

dpa, **Washington**

Für den US-amerikanischen Flugzeugträger „Eisenhower" und mehrere Begleitschiffe ist nach Angaben aus Kreisen des Pentagon erhöhte Bereitschaft angeordnet worden, um bei möglichen terroristischen Anschlägen auf US-Einrichtungen in Libanon oder Zypern sofort eingreifen zu können. Die Anweisungen seien erteilt worden, weil die Besorgnis über die Möglichkeit solcher Aktionen kurz vor der Präsidentschaftswahl in den USA gewachsen sei. Die Marine-Einheiten, die ursprünglich an einer Übung vor der spanischen Küste teilnehmen sollten, erhielten Befehl, ihre jetzigen Positionen im mittleren Mittelmeer beizubehalten.

Bereits am Wochenende hatte die Fernsehgesellschaft ABC berichtet, mehrere US-Einheiten in Europa seien wegen besorgniserregender Hinweise in Alarmbereitschaft versetzt worden. So hätten Frauen und Kinder führender Terroristen in Libanon ihre Häuser verlassen und seien untergetaucht.

Moskau bestreitet Kohle-Embargo

AP/rtr, ***Moskau/New York***

Das sowjetische Außenhandelsministerium hat in einer am Samstag von der Moskauer Nachrichtenagentur Tass verbreiteten Erklärung Berichte bestritten, daß die sowjetischen Kohlelieferungen nach Großbritannien eingestellt werden sollen. Der Sekretär der sowjetischen Kohlearbeitergewerkschaft, Bjeloussow, hatte am vergangenen Montag im sowjetischen Fernsehen mitgeteilt, seine Organisation habe aus Solidarität mit den streikenden Kohlebergleuten beschlossen, die Lieferung von Kohle und anderem Brennstoff nach Großbritannien einzustellen.

Das Außenhandelsministerium widersprach den Vorwürfen der westlichen Presse, die UdSSR benutze ihre Handels- und Wirtschaftsbeziehungen als Werkzeug politischen Drucks und erklärte, die sowjetische Seite habe Verträge und Abmachungen stets eingehalten und werde das auch in Zukunft tun. „Alle Erdichtungen in dieser Hinsicht sind unhaltbar und verfolgen der Sowjetunion abträgliche Zwecke."

Die britische Regierung läßt nach einem Bericht des US-Nachrichtenmagazins „Newsweek" jetzt Kohle aus den USA, Polen und Südafrika importieren, um die Folgen des seit März andauernden Streiks der britischen Kohlebergarbeiter für die Brennstoffversorgung des Landes zu mildern. Die Einfuhren würden dadurch getarnt, daß die 200 000-Tonnen-Kohlefrachter, die die Schauerleute aus den britischen Häfen verbannt hätten, ihre Ladung in westeuropäischen Häfen auf kleine Küstenschiffe umladen ließen. Diese lieferten die Kohle dann an „unbekannten Orten entlang der britischen Küste" ab.

Staatliche Rente für Stalin-Tochter?

DW. **Moskau**

Die nach 17jährigem Exil in die Sowjetunion zurückgekehrte Stalin-Tochter Swetlana Allilujewa wird nach einem Bericht der „Bild"-Zeitung wieder in ihre frühere Moskauer Wohnung einziehen. Das Blatt meldet weiter, Swetlana werde wahrscheinlich über ihre Erlebnisse im Westen schreiben. Sie könne auch über das auf drei Millionen Mark geschätzte Vermögen verfügen, das sie im Westen mit den Stalin-Memoiren verdient hat. Außerdem werde sie eine staatliche Rente in Höhe von rund 550 Mark beziehen.

China eng verbunden: Die Familie Fischer

Von EVI KEIL

In wenigen Tagen wird Peer Fischer deutscher Botschafter in Peking. Wenn er dem chinesischen Staatspräsidenten Li Xiannan sein Beglaubigungsschreiben überreicht, wird in der Chronik seiner Familie ein neues Kapitel aufgeschlagen. Die ersten Bande zu China hatte der Vater Martin Fischer geknüpft. Er war im kaiserlichen Deutschland 1908 als Diplomat an der deutschen Gesandtschaft in Peking. Er erlebte das kaiserliche China, das China im Krieg mit Japan und mit dem deutschen Kaiserreich, das China, das Hitler den Krieg erklärte, das Land von Chiang Kai-chek und das China des Mao Zedong.



Peer Fischer, Bonns neuer Botschafter in Peking
FOTO: BUNDESBILDSTELLE

Martin Fischer war der Sohn eines Pfarrers. Er hatte Jura und Chinesisch studiert, um zu Beginn dieses Jahrhunderts in den damals für Bürgerliche noch schwer zugänglichen Auswärtigen Dienst zu kommen. In China regierte damals Kaiserin Tz'u-Hsi.

Bald nach seiner Versetzung nach Peking hatte Martin Fischer übrigens das Vize-Konsulat in Chengtu in der Provinz Sechuan. Revolutionswirren zeichneten sich bereits ab, das Ende der Monarchie stand bevor. 1917 ging Martin Fischer nach Berlin zurück. Er bekam bald danach seinen einzigen Posten außerhalb Chinas, das Konsulat in Bergen. Hier lernte er eine Norwegerin namens Sigrid Johnsen kennen. Beide heirateten. Ihre Söhne Peer und Gerhard wurden Diplomaten. Gerhard Fischer ist heute Botschafter in Bern.

Der Vater Fischer folgte 1926 erneut seinem Wunsche, nach China zu gehen. Er leitete das Konsulat in Mukden, der damaligen Hauptstadt der Mandschurei. 1928 kam er an die Gesandtschaft in Peking zurück, wo er als Botschaftsrat und zwischenzeitlich als Geschäftsträger tätig war, bis 1935 Nanking chinesische Hauptstadt wurde. 1938 wurde Martin Fischer Generalkonsul in Shanghai. „Von einem Tag auf den anderen" entließ ihn die nationalsozialistisch geführte Reichsregierung, weil er „mit einer Ausländerin verheiratet war". Die Familie erhielt bei den Chinesen Asyl. Die chinesische Regierung bot Martin Fischer an, im Reich der Mitte sein Leben zu verbringen. Der Sohn Peer Fischer, 1923 in Oslo geboren, machte auf dem deutschen Kaiser-Wilhelm-Gymnasium in Shanghai sein Abitur. Er begann sein Studium an der Sprachenschule in Peking. 1943 mußte er nach Deutschland zurückkehren. Den Söhnen des Diplomaten Fischer war der Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit angedroht worden, wenn sie sich nicht zum deutschen Militärdienst meldeten.

Buch erregt Aufsehen

Der Vater kam erst 1947 mit den Repatriierungsschiffen nach Deutschland. Konrad Adenauer holte Martin Fischer 1951 in den Auswärtigen Dienst. Er bekam den Auftrag, „sofort" das China-Referat neu aufzubauen.

Über die damaligen Motive Adenauers sagt Peer Fischer: „Konrad Adenauer hatte ein Buch gelesen, das seinerzeit ziemliches Aufsehen in Deutschland erregt hatte. Es stammte von einem Arzt namens Starlinger, der Kriegsgefangener in Rußland war und nach seiner Rückkehr in einem Buch die Prognose stellte, daß China, das volkreichste Land der Erde, in erster Linie für die Sowjetunion ein Problem werden würde. Starlinger schrieb dies zu einer Zeit, als Mao Zedong und Stalin noch durch ein enges Büdnis miteinander verbunden waren und eigentlich niemand eine solche Entwicklung voraussah."

Peer Fischer weiter: „Ich erinnere mich, wie mein Vater damals sagte: „Die Perspektive ist richtig, da wird es zu Konflikten kommen, denn für China ist in seiner Geschichte die Bedrohung immer aus dem Norden gekommen, nie vom Meer." Der deutsche Botschafter weiter: „Diese Fragen haben Adenauer dann in seinen Betrachtungen auch über die Ostpolitik sehr beschäftigt."

Adenauers Vorahnung

Konrad Adenauer war es dann auch, der „instinktiv" die Bewegungen, die sich in Machtgefügen vollziehen, vorausahnte. Er schickte Martin Fischer 1954 als Beobachter zur ersten Indochina-Konferenz nach Genf. Damals war auch Wolff von Amerongen nach Genf gereist, der wie Fischer Kontakte zu Zhou Enlai, dem damaligen Ministerpräsidenten, aufnahm. Es ging um erste Fühlungnahmen in wirtschaftlichen Fragen.

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu China 1972 wurde bereits auch in den fünfziger Jahren vorbereitet: Durch diplomatische Taktik. Martin Fischer hatte die Bundesregierung bewogen, die diplomatische Anerkennung der in Taiwan sitzenden Regierung Chiang Kai-chek zu umgehen. Die Bundesrepublik gehörte zu den wenigen Staaten, die sich eine solche Anerkennung versagten „was die spätere Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Peking außerordentlich erleichtert hat", so Peer Fischer heute.

Martin Fischer hatte später das von ihm gegründete Neue Asieninstitut in Hamburg geleitet. Er starb 1971. Sein Sohn Peer residierte seit 1965 als Botschafter in Tschad und 1974 als Botschafter in Israel. Er wird ein China vorfinden, dessen Wandlungen ihn faszinieren. „Als Kinder, als wir zur Schule gingen, haben wir in China jeden Tag die an Hunger Gestorbenen auf der Straße liegen sehen. Das gibt es nicht mehr. Das Neue China hat es geschafft, den vielen Millionen die Reisschüssel zu garantieren."

Nach dem Besuch von Helmut Kohl in China sieht Peer Fischer große Chancen für die deutsche Wirtschaft. „China ist an moderner Technologie interessiert, will alte Betriebe modernisieren, neue schaffen, wie zum Beispiel Kernkraftwerke zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, und wenn an dem chinesischen Markt heute auch Viele teilhaben wollen, haben die deutschen Unternehmen doch sicher eine große Chance. Sie sind erfahren in der Kooperation und im Joint Venture. Wir werden diesen Wettbewerb dort gut bestehen."

USA zeigen Indien Wohlwollen

Rajiv Gandhi nach Washington eingeladen / Delhi soll wieder Technologie erhalten

TH. KIELINGER, **Washington**

In Washington rechnet man für die nächsten Jahre mit einem erneuten Wettrennen zwischen den Supermächten um die Gunst Indiens. Anzeichen dieser Rivalität sind bereits in den Versuchen der sowjetischen Medien zu erkennen, gleich nach der Ermordung Indira Gandhis eine Verleumdungskampagne vom Zaun zu brechen, mit dem Ziel, den Geheimdienst CIA – und damit die amerikanische Politik – mit dem Attentat in Beziehung zu bringen. Die Regierung Reagan protestierte gegen diese Kampagne.

Indiens neuer Ministerpräsident Rajiv Gandhi kritisierte dem Vernehmen nach bei seinem Treffen mit US-Außenminister Shultz am Rande der Trauerfeierlichkeiten in Neu-Delhi die US-Waffenlieferungen an Pakistan. Doch betonte Gandhi auch die „starke Freundschaft" seines Landes mit den USA; das Fundament sei solide, und man könne „darauf aufbauen".

Aus Neu-Delhi verlautet, Shultz habe Gandhi zu einem Besuch in die USA eingeladen. Der Premier habe zugesagt. Shultz betonte, sein Land wünsche die Beziehungen zu festigen.

Tatsächlich schien sich in den vergangenen drei Jahren das Verhältnis zu entkrampfen. Reagan und Indira Gandhi hatten persönlich einen guten Rapport miteinander, was auch durch den USA-Besuch der indischen Ministerpräsidentin im Juli 1982 unterstrichen wurde. Noch im September gab es einen Briefwechsel zwischen den beiden, als Frau Gandhi Reagan dafür dankte, daß er ein von Indern in Dubai gekapertes Flugzeug nicht in den USA hatte landen lassen. Reagan antwortete dem Sinne nach, daß die internationale Gemeinschaft, wenn sie nur zusammenhalte, den Terrorismus in der Welt eindämmen könne.

Auch an anderen Ereignissen ließ sich eine Verbesserung der Atmosphäre ablesen. US-Kriegsschiffe legten zum erstenmal nach 13 Jahren wieder im Februar und Mai in indischen Häfen an. Im Juli besuchte General A. S. Vaidya, Stabschef der indischen Streitkräfte, die amerikanische Hauptstadt.

Innerhalb der Beratergremien des Präsidenten hatte man sich im Sommer dieses Jahres geeinigt, einer Verbesserung der Beziehungen zu Indien erhöhte Priorität zu geben. Indiz war eine Direktive des Nationalen Sicherheitsrats, die festgefahrenen Verhandlungen über die Lieferung hochempfindlicher Technologie an Indien – einer Technologie mit militärischer Anwendungsmöglichkeit – wieder in Gang zu bringen.

Den amerikanischen Versuchen zur Ausweitung der Beziehungen zu Indien sind dennoch Grenzen gesetzt. Sie werden einmal bestimmt durch die Beziehungen der USA zu Pakistan und China – zwei Nachbarn, mit denen Indien seit Jahrzehnten wechselnde Streitigkeiten, ja Kriege geführt hat. Das 3,2-Milliarden-Dollar-Wirtschafts- und Militärhilfeprogramm Washingtons für Pakistan bleibt ein Stein im Wege. Washington kann dies kaum durch Lieferungen an Indien ausgleichen, ohne neue Sorgen der Chinesen auf den Plan zu rufen. Auch ist die indische Militärbindung an Moskau zu stark, um leicht aus den Angeln gehoben zu werden.

Papandreou wirft Kohl Einmischung vor

Grund: Glückwunschtelegramm des Bundeskanzlers an den griechischen Oppositionsführer

SAD/DW. **Athen**

Mit ungewöhnlicher Vehemenz haben der Athener Regierungschef Andreas Papandreou und der Vorstand der in Griechenland regierenden Pasok-Partei auf den Inhalt eines Glückwunschtelegramms reagiert, das Bundeskanzler Helmut Kohl anläßlich des zehnten Jahrestages der Gründung der liberalkonservativen Partei „Neue Demokratie" an deren Vorsitzenden Konstantin Mitsotakis richtete. Papandreou sprach von einer „ungeheuerlichen und für das griechische Volk völlig unakzeptablen Einmischung in die inneren und außenpolitischen Angelegenheiten Griechenlands".

In seinem Schreiben hatte Kohl die Zuversicht geäußert, daß die „Neue Demokratie" nach der Parlamentswahl im nächsten Jahr die Möglichkeit haben werde, aufs neue die erfolgreiche und wirksame Politik auszuüben, die sie seit ihrer Gründung 1974 verfolgt habe. Sie werde dabei mit der Unterstützung der CDU rechnen können. Zur Festigung der Demokratie, die die „Neue Demokratie" nach dem Sturz des Militärregimes wiederhergestellt habe, seien in der nahen Zukunft, so Kohl weiter, wichtige Entscheidungen im innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Bereich nötig. Mit ihrem Programm und Mitsotakis an der Spitze garantiere die „Neue Demokratie" die Lösung dieser Probleme.

Nach Papandreous Ansicht ist „diese unverblümte Tat" der beste Beweis dafür, daß Kohl und die CDU Mitsotakis für eine bestimmte Rolle auserwählt hätten. Papandreou: „Wir raten Herrn Kohl, sich lieber mit der großen moralischen und politischen Krise zu befassen, die seine Partei erschüttert, und das griechische Volk in Ruhe zu lassen, das für sein Land allein zuständig ist." Papandreou hatte die Veröffentlichung der Erklärung während seines Aufenthalts in Neu-Delhi veranlaßt.

Als eine „besonders traurige Angelegenheit" bezeichnete der Vorstand der „Neuen Demokratie" die Tatsache, daß Papandreou schon wieder die Fassung verloren und den Regierungschef eines wichtigen Alliierten „unflätig beschimpft" habe.

Oppositionsführer Konstantin Mitsotakis, der enge Beziehungen zu konservativen Gruppen in der Bundesrepublik unterhält, ist von den Sozialisten schon mehrmals vorgeworfen worden, ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Griechenlands zu fördern. Papandreou selbst hat Mitsotakis als „Verräter" bezeichnet, der die Interessen ausländischer Monopole und jener vertrete, die Griechenland zu einem abhängigen Land machen wollten. Zum dem Jahrestag hatten auch andere konservative Spitzenpolitiker Europas Grüße gesandt.

Beirut beantragt Aufschub der Verhandlungen

AFP, **Beirut**

Beirut soll bei den Vereinten Nationen offiziell die Verschiebung der libanesisch-israelischen Verhandlungen über einen Rückzug der Truppen Tel Avivs aus dem Süden Libanons „um einige Tage" beantragt haben. Als Grund für die Terminänderung der Gespräche, die heute aufgenommen werden sollten, nannte Beirut die Notwendigkeit einer außerordentlichen Kabinettssitzung vor Beginn der Verhandlungen. In der libanesischen Hauptstadt hieß es, die Kabinettsmitglieder würden sich am Mittwoch, nach der Rückkehr des Staatspräsidenten Gemayel von den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag de Aufstandes in Algerien, treffen. Nac Meinung von Beobachtern stellt de libanesische Wunsch keine Gefal für die Aufnahme der Verhandlunge dar.

Mitbegründer der KPF gestorben

dpa, **Paris**

Einer der letzten noch lebenden Mitarbeiter Lenins und Trotzkis, der Mitbegründer der Kommunistischen Partei Frankreichs, Boris Souvarine, ist im Alter von 89 Jahren in Paris gestorben. Erst am Wochenende wurde bekannt, daß der nach eigenen Worten „letzte Mohikaner der bolschewistischen Revolution" bereits am Donnerstag in einem Hospital einem Herzinfarkt erlag.

Der am 6. November 1895 als Sohn jüdischer Eltern geborene Souvarine war im Alter von einem Jahr nach Frankreich gekommen. 1920 verfaßte er während eines Gefängnisaufenthaltes die politischen Grundsatzaussagen, die später beim „Kongreß von Tours" zur Abspaltung der Kommunisten von den Sozialisten und zur Gründung der Kommunistischen Partei Frankreichs führten. Souvarine wurde darauf Vertreter seiner Partei bei der Kommunistischen Internationale in Moskau. Bei den ersten gegen Trotzkisten gerichteten „Reinigungsaktionen" Stalins wurde er 1924 wegen „Disziplinlosigkeit und Nonkonformismus" von der Organisation ausgeschlossen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 2: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.), Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bedrohung oder Hysterie?

Die Medien, vom Fernsehen über den Hörfunk, den illustrierten Zeitschriften bis hin zur Provinzzeitung, fast alle übernehmen kritiklos die Horrormeldungen über unsere „total verseuchte Umwelt".

Draußen schädigt uns der saure Regen und natürlich Dioxin. Drinnen in unseren Wohnstuben werden wir neuerdings durch Formaldehyd vergiftet. Trotz alledem hat unsere Lebenserwartung auch noch in den letzten 20 Jahren zugenommen. Ein Phänomen!

Wie ist dieses Phänomen zu erklären? Eine Antwort ergibt sich aus der Analyse rot-grüner Agitation. Sie bedient sich eines Schemas, das die Demagogen aller Zeiten verwandten: Allgemeines Unbehagen wird genutzt – Ängste werden geschürt – der Gegner wird verteufelt – versprochen wird eine „heile Welt". Bereits Napoleon sagte, es gäbe nur eine einzige ernsthafte Redefigur: die Wiederholung. Das ständig Wiederholte befestigt sich so sehr in den Köpfen, daß es schließlich als eine bewiesene Wahrheit angenommen wird.

Dabei wirken Journalisten zum Teil als willige Propagandisten mit, zum Teil wird ihr umweltpolitisches Engagement mißbraucht, zum Teil schwimmen sie und ihre Verleger nur auf der Woge mit, um die Auflagen zu erhöhen, also Geschäfte zu machen.

Nur in Deutschland ist es möglich, daß sich eine politische Formation entwickelt – die Grünen –, deren Anhänger zu 60 Prozent aus jugendlichen Erwachsenen bestehen, und von denen jeder zweite Schüler oder Student ist. Eine solche Partei gibt es sonst in keinem Parlament unserer Welt. Nirgendwo können und dürfen unerfahrene Nichtfachleute lautstark die Politik einer Nation nachhaltig beeinflussen und teilweise sogar lahmlegen.

Das Problem liegt aber darin, daß die Wortführer und die Mitläufer ganz unterschiedliche Motive und Ziele haben. Die einen wollen unser demokratisches System verändern und unser Land unregierbar machen. So sagte der Sprecher des BBU 1983: „Wir werden diese Republik unregierbar machen." Und die anderen haben andere Gründe, die jeder vernünftige Bürger akzeptieren muß – Angst, daß unseren Wäldern, der Fauna und Flora und uns selbst nachhaltig Schaden zugefügt wird.

Manche suchen den Grund für diese Entwicklung in der Kluft zwischen den Generationen. Naive halten sie sogar für eine vorübergehende Erscheinung.

Zwischenzeitlich hat die Führung der Grünen dazugelernt. Der Wille zur grundsätzlichen Systemveränderung wird jetzt eher verschleiert, denn damit sind keine Wahlerfolge zu erzielen. Die besten Chancen bietet der Umweltschutz, für den sich auch die Mehrheit der Bevölkerung ausspricht.

Ein dankbares Feld dafür sind die unsichtbaren Gefahren durch Strahlung und Gifte. Dabei kommt es den Agitatoren nur auf die Plausibilität an. Wissenschaftliche Richtigstellungen bewirken fast nichts.

Ein Beispiel: Überall ist das „Ultragift" Dioxin in unserer Umwelt zu finden. Ein bestimmtes Öko-Institut hat 1 ppt in einem Lebensmittel nachgewiesen. Was ist ein ppt? Ein Teil pro einer Billion, d. h. 0,4 Millimeter auf der Strecke von der Erde zum Mond.

Ein anderes Beispiel: Tierversuche an Ratten mit Formaldehyd, 1979 in den USA durchgeführt, dienen den Grünen als Grundlage, Formaldehyd zu verteufeln. Bei der grundsätzlichen Ablehnung von Tierexperimenten wiederum bestreiten sie heftigst, daß Schlüsse von Tieren auf Menschen gezogen werden können.

Wenn nun ernsthafte Wissenschaftler aus Forschung und Industrie sich um Richtigstellung bemühen, werden sie ausgebuht, da sie ohnehin von der Industrielobby gekauft sind. Auf diesem Feld agieren die Ideologen der sogenannten Alternativen mit aller Kraft und einer großen Phantasie mit einem Schema, das so alt ist wie die Politik aller Demagogen.

H. P. Heidenreich,
Baden-Baden 33

*

Auf einer Fachtagung des VdI in Saarbrücken über Energiepolitik wurde gerade in der vorigen Woche von Experten des Umwelt-Bundesamtes Berlin (UBA) und der Bundesforschungsstelle für Landeskunde und Raumordnung Bonn (BfLR) gesagt, „daß gerade Energiegewinnung und -nutzung an der Gesamtbelastung der Umwelt in der Bundesrepublik einen erheblichen, an der Luftverunreinigung sogar den weitaus größten Anteil haben. Sie sind damit nach heutigen Erkenntnissen sowohl für das Waldsterben als auch für die Gewässerversauerung, Gebäudeschäden, Materialfraß maßgebend verantwortlich . . ."

Also genau die Autoabgase sind es nicht! Das lehrt auch jeder Blick auf Autobahn- und Straßenränder und das Fehlen von Schäden auf Kulturland. Betroffen sind im wesentlichen Wälder, die meist auf armen Böden (Hochlage) wachsen und nie gedüngt oder gekalkt werden.

Und wo bleibt da die Umweltfreundlichkeit des Schienenverkehrs? Dieselabgase enthalten, im Gegensatz zu Vergaserkraftstoffen, Schwefel, und der Dreck, den früher die Dampflokomotiven links und rechts neben der Strecke verteilt haben, fliegt heute aus den Hochschornsteinen des E-Werkes und vergiftet den Bayerischen Wald.

Mit freundlichen Grüßen
G. Müller,
Winsen

*

Sehr geehrte Redaktion,

Es liegt in der Natur der Sache, daß aus Schornsteinen von Kraftwerken keine reine Gebirgsluft kommen kann. Allerdings gibt es Möglichkeiten, Schadstoffe auf ein Minimum zu beschränken. Das erreicht man jedoch nicht mit Totschlagparolen wie „Dreckschleudern" usw. Natürlich wissen die Angstmacher, daß die deutschen Stromversorger bis 1988 die Schwefeldioxidabgaben ihrer Kraftwerke um zwei Drittel gesenkt haben werden. Auch ist ihnen bekannt, daß Stein- und Braunkohlenkraftwerke längst mit dem Einbau von Entschwefelungsanlagen begonnen haben. Das zuzugeben bringt aber keine Wählerstimmen.

Was mich bedrückt, sind die 24 Millionen Kraftfahrzeuge, die über unsere Straßen rollen. Das abgasarme Auto, vor Monaten als umweltpolitische Tat des Jahrzehnts gepriesen, droht im Bonner Interessendschungel steckenzubleiben. Es wird gestritten um Kaufanreize oder Steuererleichterungen für Katalysatoren, Freiwilligkeit oder Pflicht, die Festlegung auf Januar oder Oktober 1986. Auto- und Benzinlobby wühlen emsig und die EG-Bürokratie stellt sich quer. Ein Trauerspiel!

Einem sterbenden Wald kann nur mit ausreichenden Sofortmaßnahmen geholfen werden. Eine stufenweise Einführung von Katalysatoren ist völlig unzureichend. Millionen „Altautos" werden die Luft weiter verpesten. Mit dem lauen Abgas-Kompromiß wird die Diskussion über die verheerenden Abgase unserer Kraftfahrzeuge alles andere als beendet sein.

Mit freundlichen Grüßen
H. Saliès,
Köln 60

Wort des Tages

„Die Macht des guten Beispiels ist die stärkste Kraft der Welt. Sie ist stärker als alle Predigten, sie übertrifft alle guten Vorsätze, sie ist wertvoller als alle Vereinbarungen, die doch nicht erfüllt werden."

Franklin D. Roosevelt; US-Politiker (1882–1945)

Ohne Leistung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit 18 Jahren wahlberechtigt, bis 21 Kindergeldempfänger! Begünstigt werden Wehrdienstverweigerer. Welch eine soziale Leistung, zu der die Gesellschaft – sprich Staat – verpflichtet wird.

Beim Rentenrecht hört die Gleichberechtigung bei 2400 DM auf. Auch das scheint mir eine besondere soziale Leistung auf dem Weg zur Einheitsrente zu sein. Der Unterschied besteht darin, daß man sich Rentenrecht erworben hat, dagegen ist Kindergeld ein Geschenk aus Steuermitteln. Die Höhe der Rente wird bestimmt nach der Höhe der erbrachten Leistungen.

Frage: „Trifft das auch auf Pensionen zu, Bundestagsabgeordnete und ehemalige Minister eingeschlossen?"

Der Arbeitsminister sollte Überlegungen anstellen, wie er die Rentenversicherung und Krankenkassen von Leistungen befreit, die mit der Versicherung nichts zu tun haben. Leistungen aus der Rentenversicherung erhalten Bürger, die für die Versicherung nie eine Leistung erbracht haben.

Mit freundlichen Grüßen
E. Bochmann,
Wingst

Personalien

KIRCHE

Augsburgs Bischof **Josef Stimpfle** stiftete einen Preis für wissenschaftliche herausragende Dissertationen an der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Augsburg. Der Preis, der mit 10 000 Mark dotiert ist, trägt den Namen des im Bistum geborenen großen Naturwissenschaftlers, Theologen und Bischofs **Albertus Magnus**, der zu den entscheidenden Theologen und Philosophen des Mittelalters zählte und bei seinen Vorlesungen an der Pariser Sorbonne das Problem der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse und die Lehre der Kirche behandelte. Der Preis soll alle zwei Jahre an Arbeiten vergeben werden, die im Sinne des weitsichtigen und ungewöhnlichen Denkers Albertus Magnus geschrieben werden.

EHRUNG

Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** ist in Lüdenscheid die „Goldene Ehrennadel" des Bundesverbandes Metall verliehen worden. Verbandspräsident **Rolf Hasenclever** überreichte dem Politiker die Auszeichnung für seine „Verdienste um die Förderung der mittelständischen Wirtschaft". Der Verband repräsentiert rund 30 000 Betriebe des Metallhandwerks. Blüm, Werkzeugmacher wie er selbst, sei ein Mann, der den Mut habe, seine Meinung klar und deutlich auszusprechen und „im ewigen Gegeneinander die Hand auszustrecken", meinte Hasenclever.

WAHL

Der niedersächsische Europa-Abgeordnete Dr. **Hans-Gert Pöttering** (CDU, Osnabrück) ist zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Sicherheit und Abrüstung" im Europäischen Parlament gewählt worden. Pöttering konnte sich mit zwölf Stimmen gegen den britischen Konservativen Sir **Peter Vanneck** durchsetzen, auf den eine Stimme entfiel.

VERANSTALTUNG

Ein ganzer Cirkus feierte am Samstag den 70. Geburtstag des Film- und Fernsehproduzenten, **Gyula Trebitsch** – ein Cirkus mit Politikern, Theaterleuten, Wirtschaftlern und Kindern. Denn alle Geladenen – darunter die gesamte Belegschaft von „Studio Hamburg", das Trebitsch gegründet und zu einer führenden Fernsehproduktionsstätte Europas gemacht hat – durften ihre Kinder mitbringen – Kinder jeden Alters. So saß **Helmut Schmidt** in der Loge des Cirkus Roncalli, eingerahmt von Frau **Loki** und Tochter **Susanne**, Hamburgs Bürgermeister **Klaus von Dohnanyi** hatte seiner Tochter **Babette** mitgebracht. Rund um die Manage waren rund 1600 Gäste versammelt, Gäste, die den als Cirkusdirektor auftretenden Wahlhamburger aus Ungarn stürmisch feierten. Zu ihnen gehörten die niedersächsische Wirtschaftsministerin **Birgit Breuel**, der Hamburger Bürgermeister **Alfons Pawelczyk**, der Hamburger Weihbischof **Karl-August Siegel**, Regierungssprecher **Peter Boenisch**, **Lothar Zimmermann** vom Hauptvorstand des DGB, **Heidi Kabel** und **Inge Meysel**, der Intendant des ZDF, **Dieter Stolte**, **Elsbeth Weichmann** und die Prinzipalin der Hamburger Kammerspiele, **Ida Ehre**. Höhepunkt der Matinee, zu der Trebitschs Kinder **Katharina und Markus** – beide inzwischen Fernsehproduzenten – geladen hatten, war der Auftritt von **Heinz Rühmanns**, der als Clown das Lied vom Clown vortrug, der selbst nie gelacht hat.



Heinz Rühmann als Clown im Circus Roncalli zum 70. Geburtstag von Gyula Trebitsch FOTO: CHRISTA KUJATH

ERNENNUNG

Indien hat einen neuen Generalkonsul nach Hamburg entsandt. Das Exequatur erhielt **Satinder Kumar Uppal**. Sein Konsularbezirk ist sehr weitläufig. Er erstreckt sich auf die Länder Hamburg und Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Im Alter von 55 Jahren ist der frühere WELT-Korrespondent Dr. **Dietrich Mummendey** auf Heimaturlaub in seinem Geburtsort Bonn an Herzversagen gestorben. Nach seinen jüngsten Reisen in Südostasien schrieb er an seinem zweiten Domizil in Thailand an einer Serie „Auf den Spuren Joseph Conrads", des Abenteuer-Schriftstellers zur See. Mummendey war ein Reporter par excellence, ob im Kongo nach der Unabhängigkeit, während des Vietnam-Krieges und vor der islamischen Revolution in Iran. Mit sicherem Gespür erkannte er frühzeitig folgenschwere Umwälzungen wie den Sturz des Schah. Vorher als freier Mitarbeiter dieses Blattes im Einsatz, berichtete Mummendey von 1976 bis 1982 als WELT-Korrespondent aus Moskau. Danach zog es ihn mit seiner Frau Sora wieder in den Orient. Mit ihr trauern viele Journalisten um einen liebenswerten Kollegen, der auch unter dem größten Zeitdruck des Chronisten vom Tagesgeschehen nie die Contenance verlor.

Die Miskitos – das bisher dunkelste Kapitel der sandinistischen Revolution

Mörderische Glücksbringer im Off

„Dann haben sie meinen zweijährigen Bruder erschossen, dann haben sie meinen sechsjährigen Bruder erschossen, dann haben sie meine Mutter zerstückelt, dann haben sie meinen Vater erschossen. Nur so zum Spaß haben sie sie umgebracht." Das ist die „Ballade vom kleinen Soldaten", die Werner Herzog und Denis Reichle heute abend in ihrem 45 Minuten langen Dokumentarfilm über die Verfolgung der Miskito-Indianer durch die Sandinisten in Nicaragua erzählen.

Schüchtern berichtet der zehnjährige Miskito-Indianer ihnen vor der Kamera von den Grausamkeiten der nicaraguanischen Regierungssoldaten, von der Tragödie seiner Familie, einem Teil der Tragödie seines Volkes. Ein anderer, kaum älter, liest aus einem zerfledderten Schulheft vor, in dem er aufgeschrieben hat, wie sein Dorf niedergebrannt wurde.

Ballade vom kleinen Soldaten – ARD, 21.15 Uhr

Herzog, den das Extreme und Gefahrvolle schon immer angezogen hat, war Anfang dieses Jahres zusammen mit dem französischen Kameramann Reichle im Dschungel am Rio Coco, dem Grenzfluß zwischen Honduras und Nicaragua. Er wollte über die Indianerkinder berichten, die dort gegen die sandinistischen Regierungssoldaten kämpfen. Ein einseitiger Bericht sei es geworden, sagt Herzog, die andere Seite komme nicht zu Wort. Und: „Es ist kein politischer Film, auch kein antisandinistischer."

Dennoch gab es politische Aufregung. Denn die Befürworter der sandinistischen Revolutionsregierung waren entsetzt, als Reichle mit der Äußerung zitiert wurde, die Regierungssoldaten hätten 15 000 Miskitos umgebracht und 30 000 deportiert. Von den beiden hatte die Linke wohl eher einen positiven Beitrag über Nicaragua erwartet. Herzog sagte nun, niemand könne genaue Zahlen angeben, weil niemand den Dschungel durchkämmen und die Leichen zählen könne. Reichle habe nur eine vorsichtige Schätzung versucht. Herzog selbst berichtet von niedergebrannten Dörfern, die er gesehen hat und die inzwischen vom Dschungel überwuchert sind.

Unabhängig von der gefühlskalten Frage, wie viele Miskitos nun genau umgebracht wurden, ist ihr Schicksal das bisher wohl dunkelste Kapitel der sandinistischen Revolution. Die Indianer kämpften gemeinsam mit den jetzigen Machthabern gegen die Somoza-Diktatur. Sobald Somoza jedoch gestürzt war, wurden sie von den neuen Machthabern einem „Umerziehungsprogramm" unterworfen. Die marxistisch geprägten Sandinisten wollten ihnen ihre Religiosität abgewöhnen, ihre Naturheilkunst durch moderne Medizin ersetzen, sie zwangsimpfen. Schließlich sollte ihr Dialekt vom Spanischen abgelöst werden. Ihr „Steinzeitsozialismus" sollte in einen „wissenschaftlichen Sozialismus" verwandelt werden, erzählt Herzog.

Hinzu kam, daß die Sandinisten den indianischen Lebensraum zur Kriegszone erklärten, weil über den Rio Coco die Gegenrevolution der „Contras" einsickert. Damit wurden die Zwangsumsiedlungen begründet. Die Miskitos widersetzten sich und flüchteten zu Tausenden nach Honduras. Einen Völkermord an den Miskitos gebe es nicht, sagt die deutsche „Gesellschaft für bedrohte Völker", wohl aber einen „Ethnozid", den Mord an einer Volkskultur. Das ist wahrhaftig kein Trost, zumal auch sie grausame Ausschreitungen von Regierungssoldaten, von denen viele selbst noch Kinder sind, einräumt.

Eben das Schicksal solcher Kindsoldaten, die auch im Libanon und im iranisch-irakischen Krieg sterben, will Herzog zeigen. Die Hälfte derer, die er im Februar bei den Dreharbeiten kennengelernt hat, seien inzwischen gefallen, berichtet er. An ihrer Seite, mit der indianischen Misura-Untergrundarmee, überquerte Herzog von Honduras aus, wo er in Flüchtlingslagern gedreht hat, den Rio Coco. Dabei hatte der Regisseur


Regisseur Herzog in Nikaragua FOTO: DIE WELT

dann auch Gelegenheit, Bilder seines Lieblingsthemas aufzunehmen: das extreme Naturerlebnis, diesmal der Dschungel mit seiner erdrückenden Hitze und den Milliarden von Mükken. Manchmal sind im Film Schüsse zu hören. Doch Herzog zeigt keine Szenen von Gemetzel. Er konzentriert sich darauf, was mit diesen Kindern geschieht, die so traurige Lieder singen. Was wissen sie vom Gegner, wie werden sie ausgebildet? Sie, die wohl letzte Generation eines kleinen, eigenständigen Naturvolkes, das in die Mühlen neuzeitlicher „Weltverbesserung" geraten ist.

DETLEV AHLERS

Die glänzendste Verkörperung eines 1919 erfundenen Comic-strip-Helden: Tyrone Power als Zorro

Gegen Tyrannen – Der Robin Hood Kaliforniens

Der Amerikaner Johnston McCulley erfand 1919 einen Comic-strip-Helden mit dem klangvollen Namen Don Diego de Vega. Dieser Don Diego entstammt einer reichen spanisch-kalifornischen Familie und lebt in Saus und Braus, bis er auf Grund tückischer Intrigen Haus und Hof verliert. Da stülpt sich der edle Mann eine schwarze Maske über das Gesicht, hüllt sich in ein dunkles Gewand und verwandelt sich in den Robin Hood Kaliforniens. Zorro, der Fuchs, nennt sich der degenschwingende Held von Stund' an und eroberte nicht nur die Leser der Comic-Serie im Sturm, sondern seit 1920 auch ein weltweites Kinopublikum.

Douglas Fairbanks spielte den ersten Zorro in dem 1920 gedrehten Film „Im Zeichen Zorros". In der Fortsetzung „Don Q. Zorros Sohn", 1923, sprengt er erneut als Rächer der Enterbten stumm über die Leinwand. Aber auch der Tonfilm ließ die Heldentaten Zorros immer wieder aufleben. In den dreißiger Jahren mimte John Caroll den flamboyanten Helden. Und auch in den letzten Jahrzehnten tauchte der schwarze Reiter immer wieder in diversen Filmen auf. Da gab es völlig aberwitzige Geschichten, die nichts mehr mit dem eigentlichen Zorro der Comics und frühen Filme zu tun hatte. 1963 etwa trat Pierre Brice, der wenig später als Winnetou durch die deutschen Karl-May-Filme galoppierte, als „Zorro gegen Maciste" auf, wobei Maciste eine Herkules-Variante des italienischen Kinos der fünfziger und sechziger Jahre war. Im selben Jahr spielte Gordon Scott den Abenteurer, den irgendein begnadeter Regisseur mit den drei Musketieren in einen Kinotopf warf. 1975 war Alain Delon dann als „Zorro" zu sehen. Diese Fassung hielt sich zumindest halbwegs an das Original.

Im Zeichen des Zorro – ZDF, 20.15 Uhr

Von all den vielen Zorros aber war Tyrone Power, der 1940 in Rouben Mamoulians Remake des ersten „Im Zeichen des Zorro" die Rolle übernahm, bei weitem der beste, schönste und romantischste Don Diego aller Zeiten. Keiner konnte so elegant den Degen führen, über Tische und Stühle springen, auf feurigem Rappen zur Liebsten stürmen und furchtlos dreinblicken wie Tyrone Power. 27 Jahre war der Schauspieler alt, als er, einer der größten Hollywood-Stars aller Zeiten, in das schwarze Zorro-Kostüm schlüpfte. Er verlieh dieser Figur all die schillernde Nonchalance und den Esprit, die es brauchte, um sie mit Leben zu füllen.

Selbst der schöne George Hamilton, der 1981 in der bisher letzten Wiederauflage der Geschichte, diesmal als Satire, einen doppelten Don Diego spielte, gab einmal zu, daß Tyrone Powers Zorro wohl auf alle Zeiten unübertroffen bleiben werde.

MARGARETE v. SCHWARZKOPF

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Mensch Bachmann
10.50 Die verflixte 7
Mit Rudi Carrell
12.25 Globus
Die Welt, von der wir leben
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Brigittes Tier-Bar
Was für andere Tierfreunde der Schoßhund, ist für Hedwig Lassen aus Gänserndorf bei Wien das „niedliche Krokodil". Mit ihr treffen sich an der Tierbar von Brigitte März ein Papageien-Narr und ein Vogelhändler. Auch „Bella", ein Mischlingshund, kommt dort zu „Laut". Im Fränkischen wurde er gekidnappt, ging durch die Hände mehrerer Tierhändler und wurde Versuchstier einer Universität – bis ihn sein Herrchen befreite.
17.05 Der fliegende Ferdinand
4. Teil: Direktor Dr. Dummkopf
Die gestohlene Wunderblume hat Friseur Blecher berühmt gemacht. Seine Fähigkeit, auch hartnäckige Leiden zu heilen, spricht sich schnell herum. Alle Kranken eilen zu ihm, und deshalb stehen im Krankenhaus die Betten leer. Der neunjährige Oskar Blecher macht derweil auch Karriere. Er wird, weil ihm ein tolles Experiment gelingt, der neue Chef des Instituts zur Perfektionierung der Menschheit.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Magnum
Wieder einmal trifft der schnauzbärtige Privatdetektiv einen alten Freund. Diesmal ist es Dorsey, ein begnadeter Football-Spieler, der mit seiner Mannschaft auf Hawaii ein Trainingslager bezieht. Natürlich hat Dorsey ein Problem, er fühlt sich von einem unbekannten Gewalttäter verfolgt.
21.00 New York
Eine Stadt, die nie schläft
21.15 Ballade vom kleinen Soldaten
Der Untergrundkampf der Miskito-Indianer in Nicaragua
22.00 Sketchup
Wer an den als Sketche angepriesenen Blödeleien von Beatrice Richter und Diether Krebs Gefallen findet, kann sich zu später Stunde wieder das vom Lachen gebeutelte Zwerchfell halten. Denn die beiden führen diesmal vor, wie Ärztinnen steife Daumen bekommen und Sekretärinnen hypnotisiert werden ...
22.30 Tagesthemen
23.00 Tod in einer kleinen Stadt
Amerikanischer Spielfilm (1977)
Nach einem Buch von Joan Barthel
Mit Paul Clemens, Stefanie Powers, Tom Atkins u. a.
Regie: Tony Richardson
Als der 18jährige Peter eines Tages nach Hause kommt, findet er seine Mutter vergewaltigt und ermordet auf. Im Zuge der von den Bürgern der Kleinstadt mit großem Interesse verfolgten Ermittlungen gerät er bald in den Verdacht, selbst der Täter zu sein ...
0.55 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Mikroprozessor – Mikrocomputer
Eine wichtige Computerfunktion, das Umwandeln eines „binären Worts" in einen Befehl
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Im Reich der wilden Tiere
Die wilden Küsten von Patagonien
Im südlichen Südamerika, vom Rio Colorado bis zur Magellanstraße, erstreckt sich Patagonien. Eine herbe Landschaft, die kaum besiedelt ist. Davon profitieren die Tiere, die hier – von Menschen weitgehend ungestört – leben können. Einen imponierenden Anblick bieten die riesigen Brutkolonien der Pinguine und die See-Elefanten. Ein besonderes Mitbringsel von dieser Filmexpedition sind die Aufnahmen von Schwertwalen, die mit den gewichtigen Robben förmlich Katz und Maus spielen.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Andrea Jürgens und Jawoll
17.50 SOKO 5113
Blanker Haß
Eine unheimliche Mordserie beschäftigt die Kripo: Innerhalb von zwei Monaten sind vier Stadtstreicher umgebracht worden! Alles deutet darauf hin, daß zwei Jugendliche die Verbrechen begangen haben. Die Spur führt schließlich zu einem Mädchen, das ein Motorrad an zwei Brüder ausgeliehen hat.
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Die alltägliche Gewalt an Frauen, Beispiele aus Rendsburg
20.15 Im Zeichen des Zorro
Amerikanischer Spielfilm (1940)
Ein feiger Despot tyrannisiert im Jahre 1820 die amerikanische Küstenstadt Los Angeles, doch zur großen Freude der Bewohner kommt Don Diego, der beste Fechter von Madrid, in seine Heimatstadt zurück, beseelt von dem Gedanken, das Volk von seinem Tyrannen zu befreien. Unter dem Namen „Zorro" geht er ans Werk ...
21.45 heute-journal
Anschl. Politbarometer
22.10 Amerika wird entdeckt
Zwischen Silberstrom und Feuerland
22.55 Union der festen Hand (1)
Fernsehfilm von Claus Hubalek
Die Entwicklung des rheinischen Industriereviers in den Jahren 1918–1928 behandelt dieses zweiteilige Fernsehspiel nach dem Roman von Erik Reger. Am Beispiel der Angestellten des Stahlwerks Risch-Zander zeigt der Film, in welcher verzweifelten Situation sich das damalige Industrieproletariat befand.
0.25 heute

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – gefunden
Live aus Dinslaken
Mit Sonja Kurowsky und Rainer Nohn
21.45 Daß ich erkenne, was die Welt im Innersten zusammenhält
Von Schwierigkeiten des Forschens
22.15 Hilferufe
Menschen in der Krise
Margret H. – Ich verliere die Kontrolle über mein Leben
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Eine Klassenreise (4)
Fluchtweg für Heimlichkeiten
19.15 Mensch und Metall (5)
Impulse aus der neuen Welt
20.00 Tagesschau
20.15 Hier hat Karl Marx nie stattgefunden
Die USA und das soziale Netz
21.00 Nationalparks
22.00 Der öffentliche Feind
Amerikanischer Gangsterfilm (1931)
23.20 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Geheimtip für Tommy
19.00 Rockpalast / Übungsräume für Rock-Nachwuchs
20.00 Horizonte
20.45 Die Sprechstunde
Pseudo-Krupp – Atemnot durch Luftverschmutzung?
21.30 Drei aktuell
21.45 Der Aufpasser
22.30 Jazzfest Berlin 1982
Real Brazil (1)

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
19.25 Nachrichten
19.30 Die Rudi-Carrell-Show (1969)
20.15 Der Polizeistaatsbesuch
21.00 Köpfe – Gesichter – Programme
21.45 Flug in Gefahr
Fernsehfilm nach Arthur Hailey
Mit Hanns Lothar u. a.
23.00 Nacht und Träume
Von Samuel Beckett
23.15 Ferenc Fricsay
probt und dirigiert „Die Moldau" von Friedrich Smetana
0.05 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Das Leben hat auf Grün gesetzt
Energiekonzepte der Natur
Wissenschaftliches Feuilleton
22.50 Task Force Police
Heißes Geld
Kriminalfilm
23.40 Rundschau

Unerwartet, unfaßbar für alle, die ihn kannten und liebten, ist am 2. November 1984 mein Mann, mein Freund, mein Kamerad

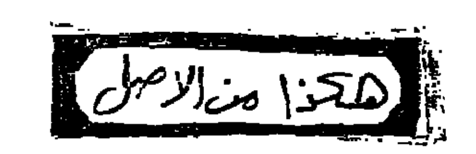
Dr. Dietrich Mummendey
Journalist

gestorben. Er wurde 55 Jahre alt. Er hatte ein fröhliches Herz, und er lebte für die Menschen, die er gern hatte, und für seinen Beruf.

Sora Mummendey geb. Draschkowitsch
Verwandte, Freunde

Bangkok, Thailand
z. Z. 53 BONN 2, Anhalterstr. 1

Die Beisetzung findet am Freitag, dem 9. November 1984, um 11.30 Uhr auf dem Bonner Südfriedhof statt. Von Beileidsbesuchen bitte ich Abstand zu nehmen.



Flick-Geld über SPD an Spaniens Sozialisten?

Gö. **Madrid**

Als „sehr schwerwiegend" bezeichnete der Oppositionsführer des spanischen Parlamentes, Fraga Iribarne, „die Möglichkeit, daß Flick-Gelder die Wahlen der sozialistischen Regierungspartei in Spanien finanzieren halfen". Der Generalsekretär der oppositionellen Volksallianz will deshalb eine Anfrage an den Regierungschef richten. Der SPD-Abgeordnete Peter Struck soll auf einem Partei-Treffen in Hannover erklärt haben, daß ein Teil der vier Millionen Mark, die die SPD von Flick erhalten habe, nach Spanien geflossen sei, „damit Felipe González seinen Wahlkampf finanzieren kann".

Bekannt ist, daß alle Parteien in Spanien von ihren deutschen Schwesterparteien und deren Stiftungen – von der Friedrich-Ebert-Stiftung bis zur Hans-Seidel-Stiftung – mit wesentliche Beiträgen unterstützt worden sind. Der Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung in Spanien, Konietzky, hat eine besondere Auszeichnung des spanischen Königs Juan Carlos für sein erfolgreiches Bemühen um die Sozialpartnerschaft zwischen den Gewerkschaften, den Sozialisten (UGT) und dem Unternehmerdachverband CEOE erhalten.

Sinowatz soll zur Ausreise verhelfen

hrk. **Berlin**

Der österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz (SPÖ) soll sich bei seinem heute in Ost-Berlin beginnenden „DDR"-Besuch erneut für drangsalierte Ausreisewillige einsetzen. Die Junge Union in Berlin forderte den Kanzler auf, sich für die Kinder einer bereits im April 1984 nach West-Berlin übergesiedelten Frau aus Forst (Lausitz) zu verwenden.

Ihren drei Kindern – zwischen 21 und 30 Jahre alt – war von den „DDR"-Behörden erklärt worden, für sie kämen „niemals" die Erklärungen der europäischen Menschenrechtskonvention oder der KSZE-Schlußakte in Betracht. Bereits im Dezember 1983 hatte sich Sinowatz erfolgreich für die Freilassung einer in der „DDR" inhaftierten Frau eingesetzt. Er hatte sich auch bereit erklärt, den Flüchtlingen in der deutschen Botschaft in Prag Zuflucht in Österreich zu gewähren.

Auch Genscher tritt für Offenlegung ein

CDU berät heute über die Folgen der Spendenaffäre

DW. **Bonn**

Der FDP-Vorsitzende Genscher unterstützt die Bestrebungen, daß Abgeordnete künftig detaillierter als bisher über ihre Einkommensverhältnisse Auskunft geben sollen. Im Südwestfunk sagte Genscher auf die Frage nach der Offenlegung der Einkommen, hier müßten zusätzliche Sicherungen geschaffen werden, nicht nur gegen unzulässige Einflüsse, sondern auch zur Stärkung des Vertrauens in das Parlament. Als berechtigt bezeichnete er zwar Bedenken beispielsweise im Hinblick auf die Ausübung eines Berufs. Doch müsse es hier eine Interessenabwägung geben, wobei er der Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit des Parlaments Vorrang geben würde.

Heute, zwei Tage vor der Anhörung des Bundeskanzlers im Flick-Untersuchungsausschuß, wird sich der CDU-Bundesvorstand mit der öffentlichen Diskussion um die Spendenaffäre beschäftigen.

Der „Spiegel" meldet, die FDP verschweige entgegen gesetzlichen Vorschriften die Herkunft einer neuen Sechs-Millionen-Mark-Spende. Die FDP weise diesen Betrag im Rechenschaftsbericht der Partei für 1983 unter dem Absender „Unbekannt" aus. Selbst die Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer habe auf die Frage nach dem Spender erklärt: „Ich weiß es nicht. Soweit ich weiß, weiß das niemand." Das Blatt berichtet über angebliche Befürchtungen der CDU, daß im Rest der von den Staatsanwälten im Flick-Konzern und im Panzerschrank des ehemaligen Flick-Managers von Brauchitsch beschlagnahmten Akten „weiteres brisantes Material schlummere". Hingewiesen wird auf einen Brief des Flick-Anwaltes Wunderlich, in dem es heiße: „Die Akten sind nicht sortiert, und insbesondere in den Leitz-Ordnern ‚Vertrauliche Tageskopien' befinden sich Vorgänge privater und höchst vertraulicher Natur."

Seite 2: Die Nase im Portemonnaie

Apel: Kein deutscher Sonderweg

Berliner SPD-Spitzenkandidat wiederholt These von der „nichtoffenen deutschen Frage"

STEFAN HEYDECK, **Bonn**

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Spitzenkandidat für die Berliner Bürgerschaftswahlen am 10. März nächsten Jahres, Hans Apel, hat unter Hinweis auf die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR" in die jeweiligen Bündnisse noch einmal erklärt, daß „insofern die deutsche Frage nicht offen" sei.

In einem Beitrag für das „Europa-Archiv" schreibt Apel, daß die „Idee eines deutschen Sonderweges – sei es der eines vereinten Deutschlands oder nur der Bundesrepublik – in die Neutralität" unrealistisch sei. Denn er würde die politische Stabilität in Europa gefährden. Die Deutschen seien den drei zentralen Grundwerten Freiheit, Frieden und Einheit verpflichtet. Dabei könne „realistischerweise und aus historischer Verantwortung" die Einheit der Deutschen „keinen Vorrang vor Freiheit und Frieden genießen".

Nach seinen Worten gibt es Folgen der Teilung, die schwerer hinzunehmen seien als diese selbst. Dazu gehörten Probleme und Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Treffen zwischen Menschen aus beiden Teilen Deutschlands. Hier könne die Einheit der Nation durch vermehrte Begegnungen, die Verwirklichung des Rechts auf Freizügigkeit sowie die Wahrnehmung der Verantwortung für Frieden in Europa erhalten und gefestigt werden. Dies sei aber „nicht identisch mit einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten". Im Deutschlandfunk betonte er zu diesem Thema: „Natürlich gibt es weiterhin eine deutsche Nation."

Ausdrücklich bezeichnet der SPD-Politiker Berlin als „Motor aller Deutschland-Politik". Denn die Stadt zwinge wegen ihrer besonderen Lage die beiden Regierungen „zum politischen Umgang miteinander". Die Notwendigkeiten der Stadt auf den verschiedensten Feldern Ver- und Entsorgung oder der Transit hätten die Ost-West-Gespräche in Gang gesetzt und den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen.

Nicht hingenommen werden könne aber, daß sich die Westberliner mit ihrer gegenwärtigen Lage abfinden sollten. Sie wollten eine langfristige „Versöhnung mit dem Umland", ohne daß ihre innere und äußere Freiheit sowie die Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland und den Westen preisgegeben würden. Die „entscheidenden Schritte" dahin könne die Stadt aber nicht aus eigener Kraft allein schaffen. Sie benötige vielmehr dazu Rückhalt durch die Politik der Bundesregierung und der westlichen Schutzmächte.

Insgesamt, so Apel, gebe es nach wie vor zwischen Bonn und Ost-Berlin eine eine Reihe praktischer Fragen zu regeln. Ähnlich wie im „Europa-Archiv" meinte er im Deutschlandfunk, daß es jedoch keine Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften oder eine Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft geben könne. Dagegen könnten beide Seiten über den Verlauf der Elbe-Grenze und die Erfassungsstelle in Salzgitter „reden".

Sinowatz erinnert an Habsburger Reich / WELT-Gespräch

● **Fortsetzung von Seite 1**

wenn sie die Möglichkeit anstreben, miteinander über die ideologischen Grenzen hinweg ins Gespräch zu kommen – das ist ein wesentlicher Faktor in der heutigen Welt." Er, Sinowatz, habe den Eindruck, daß dieser Faktor immer mehr an Bedeutung gewinne.

Zu den Beziehungen Österreichs mit der „DDR" äußerte sich der Kanzler zufrieden. „Wir haben in den letzten vier Jahren das Handelsvolumen verdoppelt." (Österreich ist heute nach der Bundesrepublik der zweitwichtigste westliche Handelspartner der „DDR".) Es gebe auch eine Vielfalt kultureller Beziehungen mit der „DDR". Sinowatz: „Das liegt sicher auch daran, daß wir dieselbe Sprache sprechen." Das Verhältnis Wien–Ost-Berlin sei ein Beispiel dafür, wie zwei Länder mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen eine sinnvolle Zusammenarbeit finden könnten.

Dann wird der Regierungschef ein wenig geschichtsphilosophisch: Es sei oft gar nicht so einfach, den Westeuropäern klarzumachen, daß es sich bei den Ländern des Warschauer Paktes zwar um Mitglieder eines Bündnisses handele, die in diesem Bündnis auch verbleiben wollten, daß es sich aber zugleich auch um Länder mit einer jeweils unterschiedlichen Geschichte, unterschiedlichen kulturellen Entwicklungen, unterschiedlichen wirtschaftlichen Strukturen und – was Sinowatz offenbar besonders bewegt – einer unterschiedlichen nationalen Komponente handele. Diese Tatsachen aber müsse man immer wieder im Auge behalten.

Allein aus diesen Unterschieden ergeben sich, so sagte Sinowatz, Nuancen in der Frage des Miteinanders und der Zusammenarbeit mit diesen Staaten. Sinowatz wörtlich: „Es gibt da eine gewisse Realität, die über das Formale hinausgeht." Der österreichische Kanzler, der selber im Burgenland – also im exponiertesten östlichen Gebiet Österreichs – zu Hause ist und Ungarn wie die Slowakei gewissermaßen seit Kindesbeinen in Sichtweite vor sich liegen hat, sagt dann: „Es ist in unserer Geschichte begründet, daß wir in Österreich zu diesen Ländern eine besondere Affinität haben." Der Kanzler erinnert an die gemeinsame Vergangenheit Österreichs und der mittel- und südosteuropäischen Länder im alten Habsburger Reich. Es gebe da viele gemeinsame Traditionen in der Geschichte.

In den Beziehungen zu diesen Ländern gebe es für Österreich gewiß unterschiedliche Schwerpunkte. Es gebe Gemeinsamkeiten, andererseits aber auch noch Fragen, die nicht geregelt werden konnten. Sogar was die Tschechoslowakei betrifft – mit der Wien bisher stets die meisten Schwierigkeiten hatte –, zeigt sich Sinowatz überraschenderweise optimistisch. Er glaube, daß man mit Prag „in nächster Zeit" eine Verbesserung erreichen werde, weil „beide Seiten eine solche Verbesserung wünschen".

Zur Entwicklung in Polen sagt der österreichische Kanzler, auch hier gelte es zu differenzieren. Sinowatz spricht von einer Tendenz, die in Warschau „in Richtung auf eine liberalere Haltung" und „weg von den Tagen des militärischen Notstandes" führen könne.

Trotz gelegentlicher Zeitungsattacken – sowohl aus Washington als auch aus Moskau – betrachtet Sinowatz die österreichischen Beziehungen zu den beiden Weltmächten mit Gelassenheit. Noch Ende dieses Monats wird er nach Moskau reisen. Offiziell gebe es mit der Sowjetunion überhaupt keine Probleme im Hinblick auf die Anerkennung und Würdigung der österreichischen Neutralität: „Es gibt keinen Grund, an unserer Politik zu zweifeln. Wir wollen mit den Signatarmächten des Staatsvertrags gute Beziehungen haben. Unsere Politik ist kalkulierbar. Jeder weiß, wo Österreich steht und was es tut. Das halte ich für das Wesen einer guten Außenpolitik."

Zum Schluß des Gesprächs nimmt Sinowatz zu zwei innenpolitischen Fragen Österreichs Stellung, die aber beide eine über die nationalen Grenzen hinausgehende Bedeutung erlangt haben. Da ist die Frage der slowenischen Minderheit in Kärnten und der Kroaten im Burgenland. Der Kanzler bezeichnete es als „legitim", daß Jugoslawien ein Interesse an diesen Minderheiten zeige. Aber bei seinem jüngsten Besuch in Belgrad habe es keinerlei Differenzen in dieser Frage zwischen ihm und der jugoslawischen Regierung gegeben. „Wir freuen uns darüber, daß wir die slowenische Minderheit in Kärnten haben", meint Sinowatz. Sie sei ebenso wie die kroatische Volksgruppe des Burgenlandes eine Bereicherung für Österreich. In Wahrheit funktioniere das Zusammenleben der Slowenen und der Deutschsprachigen im Alltag sehr gut. Der Kanzler erinnert daran, daß er im Burgenland in der Nachbarschaft der dortigen kroatischen Volksgruppe aufgewachsen sei. Für ihn sei also ein solches Zusammenleben verschiedener Volksgruppen eine Selbstverständlichkeit.

Sehr dezidiert äußert sich der österreichische Regierungschef und sozialistische Parteivorsitzende zum Thema der Grünen. Eine Koalition zwischen Grünen und Sozialdemokraten – diese Frage stelle sich in Österreich nicht. Er, Sinowatz, glaube auch nicht, „daß die Realität der Umweltpolitik eine Koalition mit den Grünen erfordert".

Medienpolitik: Länder sollen Farbe bekennen

Nea. **Mainz**

Einen letzten Versuch, die Einheitlichkeit der Medienpolitik in den Bundesländern zu wahren, unternimmt in dieser Woche Bernhard Vogel, der Vorsitzende der Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten. In einem Brief an seine zehn Kollegen bittet er um verbindliche Antworten auf die Frage, ob sie nach wie vor zu den in Bremerhaven getroffenen Vereinbarungen über die Neuordnung des Rundfunks stehen. Von den Antworten wird es abhängen, ob bei der nächsten Sitzung der Kommission am 16. November überhaupt der Entwurf eines Staatsvertrages für alle elf Länder vorgelegt wird. Falls nicht alle Länder an den Vereinbarungen festhalten sollten, wollen – wie Vogel ankündigte – die sieben sogenannten B-Länder mit einer Unionsmehrheit nicht nur lockere De-facto-Abmachungen, sondern einen regelrechten Staatsvertrag über ein gemeinsames Vorgehen anstreben.

Die Reaktion der SPD-Regierungschefs auf Vogels Brief wird unterschiedlich eingeschätzt. Ministerpräsident Johannes Rau (Nordrhein-Westfalen) könnte angesichts der bevorstehenden Landtagswahl ein Interesse daran haben, die Verhandlungen vorerst nicht scheitern zu lassen. Ministerpräsident Holger Börner (Hessen) dagegen würde mit einer Bekräftigung der Vereinbarungen von Bremerhaven einem Landtagsbeschluß zuwiderhandeln.

Saar: Rehberger führt FDP in Landtagswahl

Der saarländische Wirtschaftsminister Horst Rehberger ist gestern auf einer Landesvertreterversammlung der Saar-FDP in Saarbrücken mit 275 von 283 abgegebenen Delegiertenstimmen zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 10. März 1985 nominiert worden. Der seit wenigen Wochen als Nachfolger von Werner Klumpp an der Spitze der Landespartei stehende FDP-Landesvorsitzende stufte den Urnengang als „die wichtigste Wahl für das Saarland seit der Volksabstimmung von 1955" ein. Es gehe darum, eine rot-grüne Mehrheit zu verhindern, die die schwierige wirtschaftliche Situation des Saarlandes nicht lösen, sondern nur verschlimmern würde.